

Heft 152

Ausgabe 6 | 2006
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



Dirk Meyer
Normalos ohne Schutz

Gesundheitspolitik



Hubertus Heil
Die soziale Mitte!

Uwe Kremer
**Gesundheitswirtschaft –
ökonomischer und politischer
Impulsgeber**

Rudi Borchert
Rot-Rot am Ende?

Toralf Pusch
Sackgasse Antikapitalismus



Kurzum | von Thomas Westphal

Was ist eigentlich passiert, wenn politische Strategieansätze aus den „53 Thesen zum Projekt Moderner Sozialismus“ quasi über Nacht zum offiziellen Repertoire der Merkel-Regierung werden? Nein, es fand zwischenzeitlich keine Revolution statt. Auch von einem Fall wechselter Aktenkoffer war nichts zu lesen. Es war ein offizieller Vorgang als Sigmar Gabriel sein Memorandum für einen „New Deal“ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung präsentierte. Unter den „Leitlinien einer ökologischen Industriepolitik“ wird in diesem Memorandum der „Staat als Pionier“ für den technischen Fortschritt und neue Innovationen beschworen. Dieser Pionier-Staat zeichnet sich durch eine intelligente Steuerung mittels eines ökologisch-industriellen Regulierungsrahmens aus.

Passiert ist im Sinne einer fundamentalen Achsenverschiebung in der politischen Physik wohl wirklich nichts. Aber mehr als beachtlich ist der Vorgang dennoch. Mitten hinein in eine allgemeine eher unstete und kaum zielgerichtete Debatte um ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm besetzt Gabriel mit dem Memorandum ein zentrales, lange verschüttetes Feld sozialdemokratischer Reformpolitik, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang von Fortschritt, technischer Innovation, Wachstum, Wohlstand und ökologischer Nachhaltigkeit.

Kurzum: Es muss der Sozialdemokratie wieder gelingen, exakt auf diesem Feld den Widerspruch zwischen globalen (kapital)marktzentrierten Produktionsverhältnissen und fortschrittsorientierter Regulierung auf der Höhe der Zeit zu überwinden. Nur dann wird sie wieder eine Perspektive als attraktive Volkspartei haben.

Das erwähnte Memorandum leistet in dieser Hinsicht durchaus Beachtliches. Aber ein wesentlicher Kern des Problems bleibt auch im Ansatz des ökologischen New Deals von Gabriel ungelöst. Das ist das Problem der Beschleunigungsfalle der herrschenden Kapitalmarktlogik. In den Leitlinien wird zwar darüber geklagt, dass



☞ Thomas Westphal, Diplom-Volkswirt, spw-Mitherausgeber, er lebt und arbeitet in Dortmund.

Foto: privat

in der globalen Shareholder-Ökonomie, kurzfristige Renditeerwartungen langfristige Innovationsstrategien überlagern. Aber diese Klage sitzt einer zu kurz gegriffene Interpretation auf. Die Beschleunigungsfalle der Shareholderökonomie basiert nicht auf der Renditeerwartung sondern auf falschen Preisanreizen für Ausweitung statt Innovation. Wenn z.B. E.ON den erwirtschafteten Ertrag in den Kauf des spanischen Versorgers Endesa investiert, um mit dem Ausbau von Marktanteilen den Börsenkurs zu dynamisieren, fehlen nicht nur 49 Mrd. Euro für Produktinnovationen, sondern auch der Anreiz durch Entwicklungen neuer Technologien und Lösungen am Markt Wettbewerbsvorteile zu erzielen.

Kurzum: Die „Wenn-wir-wollen-kaufen-wir-euch-auf-Geisteshaltung“ ist eine vom Kapitalmarkt quasi geförderte Grundlage des erfolgreichen Top-Managements. Sie ist der natürliche Feind jeder Innovationsstrategie und wird jeden noch so „intelligenten makroökonomischen Regulierungsrahmen“ täglich unterlaufen. Es wird der SPD und ihrem Umweltminister nichts anderes übrig bleiben, als dieser Geisteshaltung die Grundlage zu entziehen. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn der Regulierungsrahmen den Kapitalmarkt einschließt. ■

□ Impressum:

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspel (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.photocase.com

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, November 2006

■ Meinung

Schlechte Perspektiven am Ausbildungsstellenmarkt 2006	
Marco Frank	4
Eindämmung der Heuschreckenplage Florian Pronold	6
Kein Frieden ohne Palästina Wolfgang Tautz	8
Die solidarische Mitte! Hubertus Heil	10
Normalos ohne Schutz ... Dirk Meyer	12
„Wir stehen für eine gerechtere Politik!“ Interview mit Jürgen Peters	13

■ ■ Im Fokus: Gesundheitspolitik

Einleitung zum Schwerpunkt Andrea Nahles	14
Gesundheitsreform 2006 – ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit? Kai Mosebach, Rolf Schmucker	16
Selbstverwaltung oder Markt? Harry Fuchs	20
Gesundheitswirtschaft – ökonomischer und politischer Impulsgeber Uwe Kremer	25
Dokumentation: Erklärung der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion zur Gesundheitsreform	30
Literaturschau Felix Welti	35

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus Alexandra Kramm	36
Die letzte Gerd Show: Mehr Flop als Pop Lars Klingbeil, Björn Böhning	37
Stichwort: Weihnachtsgeld	38
Personalentwicklung in der SPD? Eine notwendige, aber nicht ausreichende Perspektive Tobias Gombert	40
Ein neuer Grundriss für die Schule der Zukunft	42
Oliver Kaczmarek	44
Rot-Rot ein Auslaufmodell? Rudolf Borchert	44
Turnaround? Kai Burmeister	46
Sackgasse Antikapitalismus Toralf Pusch	47
Hypersensibel, aber tödlich dünn Jürgen Meier	49

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Zur Unternehmenssteuerreform Andreas Bach, Marco Bülow	53
Meldungen	57
5 Fragen an ... Susi Möbbeck	58

Schlechte Perspektiven am Ausbildungs- stellenmarkt 2006

von Marco Frank



Die Zahl der bei der BA gemeldeten Ausbildungsplätze ist auch in diesem Jahr weiter zurückgegangen. Insgesamt registrierten die zuständigen Stellen rund 460.000 gemeldete Berufsausbildungsstellen, das sind knapp 12.000 bzw. 2,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig erreichte die Zahl der gemeldeten BewerberInnen auf einen Ausbildungsplatz mit rund 763.000 bzw. 3,0 Prozent Zuwachs, einen neuen Höchststand. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 06/07 stehen rund 50.000 junge Menschen nach der offiziellen BA-Statistik ohne Lehrstelle da. Gegen über 2005 ist das ist eine Verschlechterung um 22,2%. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu kommen all jene, die ihren Wunsch auf Ausbildung aufrechterhalten, auch wenn sie in anderen Ersatzmaßnahmen untergekommen sind. Somit müssten mindestens ca. 100.000 junge Menschen hinzugezählt werden, um ein realistisches Bild zur Lage der Unversorgten zu erhalten. Rein rechnerisch kommen heute nur noch 60 Stellen auf 100 Bewerber.

Der Ausbildungsmarkt hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Wurden 1992 immerhin noch 63 Prozent eines Bewerberjahrgangs betrieblich ausgebildet, so sind es heute weniger als 50 Prozent. Rund 600.000 junge Menschen unter 25 sind arbeitslos. Etwa 400.000 Jugendliche sind in Beschäftigungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen. Immer mehr junge Leute werden so nach der Schule in Warteschleifen abgedrängt.

□ Was wird dagegen unternommen?

Der Ausbildungspakt soll verlängert und weiterentwickelt werden, das EQJ-Programm wird aufgestockt. Doch der Ausbildungs-pakt hat die Erwartungen enttäuscht, das betriebliche Ausbildungsengagement ist weiter zurückgegangen. Die Paktpartner, Bundesregierung und Wirtschaft, lassen unterdessen nichts unversucht, um den Misserfolg des Paktes positiv darzustellen. Immer wieder wird hierbei das EQJ-Programm angeführt. In der Evaluation des Programms wird jedoch deutlich, dass den in der Regel gut gebildeten, ausbildungsreifen Jugendlichen ein EQJ-Platz vermittelt- und der Ausbildung ein kostengünstiges Probejahr vorangestellt wurde. Sozial Benachteiligte und Lernbeeinträchtigte wurden durch das Programm nur bedingt erreicht. Die von der Politik zum Ausgleich wegfallender Ausbildungsplätze geschaffenen Maßnahmen über außerbetriebliche Ausbildungsträger und eher unspezifischer Bildungsangebote sind keine Antwort auf die bildungspolitischen Aufgaben der Zukunft. Sie sind ungeeignet, die strukturellen Probleme des Ausbildungsstellenmarkts zu lösen. Die dauerhafte Verwendung von Steuermitteln und Sozialversicherungsbeiträgen zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen, schulischen Angeboten oder Einstiegsqualifikationen, wird der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen nicht gerecht.

□ Wir bleiben dabei – die Umlage muss kommen!

Die Ursache für fehlende Ausbildungsplätze ist in erster Linie die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und Betriebe. Unter Einführung einer Ausbildungsplatzumlage wäre es zu einer breiteren Beteiligung der Unternehmen an Ausbildung gekommen. So bilden heute nur noch 23 Prozent aller Betriebe selber aus. Dabei ist das Kostenargument oft nur vorgeschoben. In einer Unternehmensbefragung des BiBB aus 2004 gaben die Unternehmer an, dass z.B. die Ausbildungsvergütung für die Entscheidung, ob ausgebildet wird oder nicht, eher weniger

wichtig sei. Im Gegenzug wünschen sie sich mehr *durchführungsverbessernde Ansätze* und ausbildungsbegleitende Hilfen. Ein Aspekt stellt auch die oft von Arbeitgebern bemängelte *Qualifikation der Ausbildungssuchenden* dar. Unstreitig müssen Berufswahlvorbereitung und Berufsorientierung *in den allgemein bildenden Schulen* verbessert werden. Hier sind Wirtschaft und Politik in der Pflicht, selbst aktiv zu werden.

□ Rahmenbedingungen für Berufsausbildung verbessern!

- Um die Möglichkeiten der Betriebe, die sich an der Ausbildung beteiligen könnten, zu verbessern, schlägt der DGB folgende Punkte vor:
- Eine Ausweitung der Verbundausbildung und tarifliche Regelungen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes. Die Beispiele EXAM (Externes Ausbildungsmanagement) oder PIA (Projekt Integration in den ersten Arbeitsmarkt) zeigen, dass durch gemeinsame kreative Anstrengungen der Sozialpartner eine Verbesserung der Ausbildungssituation möglich ist. Dies gilt es auszubauen und weiterzuentwickeln.
- Die ausbildungsbegleitenden Hilfen müssen zu einem Regelangebot in der Berufsbildung werden. Nur wenn sie dauerhaft und flächendeckend auf fachlicher wie auch auf sozialpädagogischer Ebene angeboten werden, kann es zu nachhaltigen Impulsen sowohl für Auszubildende als auch für AusbilderInnen und Betriebe kommen.
- Die Kammern sollten auf gesondert erhobene Gebühren für ausbildende Betriebe (z.B. für Eintragung und Prüfung) verzichten. Stattdessen könnten diese Kosten von allen Betrieben zusammen getragen werden.
- Die Wirtschaft hat laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes die Aufgabe, eine ausreichende Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Sollte die

Wirtschaft dieser Verantwortung nicht gerecht werden, gibt es keine Alternative zur Einführung einer gesetzlich verpflichtenden finanziellen Umlage.

- Gesetzte Ziele, wie im Ausbildungspakt, dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Gesamtsituation der AusbildungsplatzbewerberInnen führen. Die Zahl der erforderlichen betrieblichen Ausbildungsplätze muss sich an der Nachfrage orientieren.
- Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine aussagefähige Statistik vorzulegen inklusive aller BewerberInnen auf einen Ausbildungsplatz, der Altnachfrager und der in Maßnahmen Vermittelten. Eine Berechnung der Ausbildungsplatzlücke nach festen Kriterien ist dringend erforderlich.

» Der DGB wird alles daran setzen, gemeinsam mit allen Beteiligten einen neuen Anlauf zu machen, um nachhaltige Verbesserungen für Jugendliche zu erreichen, die einen Ausbildungsplatz suchen und brauchen. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung ist die größte Sorge von Jugendlichen, keine Ausbildung und keine Arbeit zu finden. Für Hauptschüler stellt sich die Lage dieser Studie zufolge als besonders schwierig dar. Alarmierende 81 Prozent sehen für sich keine berufliche Perspektive. Dem gilt es etwas entgegen zu setzen. ■



☞ Marco Frank, politischer Referent in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand.

Foto: privat



Foto: Christian Kiel

Eindämmung der Heuschreckenplage

Erster Erfolg im Kampf um REITs – steuerliche Probleme

bleiben bestehen | von Florian Pronold



» „Heuschrecken vor der Wohnungstür“ haben Ortwin Runde, Nina Hauer und ich in einem gleichnamigen Diskussionspapier im März dieses Jahres gewarnt. Das bezog sich auf die Einführung REITs als neue, steuerlich begünstigte Form von Immobilienfonds. Unsere Kritik: REITs würden den Prozess der Privatisierung von kommunalen und ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmen beschleunigen und neue Schlupflöcher schaffen. Nun hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, in dem Wohnimmobilien außen vor bleiben. Ein großer Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen von SPD-Finanzpolitikern, Mieterverbänden, Gewerkschaften und Kommunen.

□ Was sind REITs?

» Real Estate Investment Trusts sind eine Sonderform von Immobilienfonds, die in den USA bereits seit langem existiert und in verschiedenen anderen Ländern bereits eingeführt wurde oder eingeführt werden soll. Die Besonderheit besteht darin, dass die Gewinne der REITs fast vollständig an die Anteilseigner ausgeschüttet werden. Deshalb wird auf eine Besteuerung des Fonds auf Unternehmensebene verzichtet. Steuern fallen nur bei den jeweiligen Anteilseignern an. In der Regel müssen REITs an der Börse notiert sein.

□ Wem nutzen REITs?

» Der größte Teil der Finanzmarkt-Lobby und das Bundesfinanzministerium sind sich einig: Deutschland fehlt ein Finanzinstrument wie REITs. Da aber nicht jeder diesen Man-

gel verspürt, stellt sich die Frage: Wer hat tatsächlich Interesse an REITs – und wer nicht?

Für Mieter in kommunalen und ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen würde die Überführung in einen REIT bedeuten: Ihre Wohnung wird an der Börse gehandelt und unterliegt verschärftem Renditedruck. Das wiederum bedeutet: höhere Mieten und weniger Investitionen in den Bestand. Für Städte bedeuten REITs erhöhten Verkaufsdruck für ihre Immobilienbestände. Je mehr die Immobilien in einer Stadt an der Börse gehandelt werden, desto geringer wird der politische Einfluss der Kommunen. Für Steuerzahler bedeuten REITs ein Verlustgeschäft: Erst haben sie den sozialen Wohnungsbau finanziert, der nun zu Sonderkonditionen an der Börse landet und am Ende müssen sie entstehende Steuerausfälle wieder mit Lohn- oder Mehrwertsteuer ausgleichen. Mieter, Kommunen und die breite Masse der Steuerzahler können deshalb kein Interesse an REITs haben.

Unternehmen können REITs für „Sale-and-lease-back“-Konstruktionen nutzen, um ihre Steuerlast zu reduzieren. Finanzkräftige Anleger finden in REITs eine neue Anlagemöglichkeit. Werden die Gewinne nicht in Deutschland vereinnahmt, können auch sie Steuern sparen. Für die Banken sind REITs ein gutes Geschäft: Zusätzliches Immobilienkapital wird plötzlich für Investition, Handel und Spekulation zugänglich. Großes Interesse an REITs haben also Unternehmen, finanzkräftige Anleger und Banken.

□ Keine REITs für Wohnimmobilien!

» Kommunale und ehemals gemeinnützige Wohnungsbestände sind schon heute Zielobjekte von Finanzinvestoren und Spekulanten. Knappe Kassen machen den Verkauf öffentlichen Eigentums an die vielfach als Heuschrecken bezeichneten Private Equity Fonds für Kommunen attraktiv. Das wird wohl auch in Zukunft so bleiben. REITs würden diesen Prozess jedoch wesentlich beschleunigen: Langfristige steuerliche Anreize für Käufer und Anleger und kurzfristige Sondertarife für die Aufdeckung von – bisher un- oder teilversteuerten – Kapitalreserven der Wohnungsbau-gesellschaften würden eine neue Privatisierungswelle auslösen.

Was das bedeutet, hat der Börsengang der gagfah im Oktober gezeigt. Der Börsenprospekt warb offen mit einem Mietsteigerungspotential von durchschnittlich zehn Prozent bei den von Cerberus an die Börse gebrachten ehemals öffentlichen Wohnungsbeständen. Genau dieser Renditedruck ist der wesentliche Grund, REITs vor allem für Wohnimmobilien abzulehnen. Die Aufgabe „soziale Stadt“, die auch die Integration stärken muss, kann nicht in die Hände renditefixierte Aktiengesellschaften gelegt werden. Der Verzicht auf Wohnimmobilien im REITs-Gesetzentwurf muss deshalb unbedingt gegen Union und Finanzmarktlobby verteidigt werden, die Banken und Fonds nach wie vor das ganz große Geschäft sichern wollen.

□ Steuerliche Probleme bleiben

» Auch reine Gewerbeimmobilien-REITs bleiben ein problematisches Produkt. Parallel zur Unternehmensteuerreform, deren Ziel die Vereinheitlichung der Besteuerung und der Abbau von Gestaltungsmöglichkeiten ist, schaffen wir ein Sondersteuerrecht für eine bestimmte Klasse von Immobilienfonds. Ein Problem liegt dabei in der Grundkonzeption von REITs: Sie sind auf Unternehmensebene nicht steuerpflichtig und müssen dafür ihren Gewinn fast vollständig ausschütten,

der dann beim Anleger voll besteuert wird. Das klingt plausibel – solange man die Globalisierung außer Acht lässt. Sobald der Anleger die Grenze überschreitet, funktioniert die Idee nicht mehr.

Immobilien Gewinne unterliegen international dem Belegheitsprinzip, das heißt: Gewinne aus deutschen Immobilien müssen in Deutschland versteuert werden. Mit einem REITs-Gesetz werden die Einnahmen jedoch auf der Ebene der REIT-Gesellschaft steuerfrei gestellt – und wenn die Anleger im Ausland sitzen, werden nur die in den Doppelbesteuerungsabkommen festgelegten Quellensteuersätze von 10 bis 15 Prozent fällig. Noch problematischer wird es, wenn sich ausländische REITs die steuerliche Gleichbehandlung mit deutschen REITs am EUGH erstreiten würden. Aus in Deutschland heute voll steuerpflichtigen Immobilien erträgen könnten damit Gewinne werden, auf die der deutsche Fiskus überhaupt keinen Zugriff mehr hätte. Darüber hinaus eröffnen REITs für Unternehmen neue Möglichkeiten über „Sale-and-lease-back“-Konstruktionen Steuern zu sparen. Betrieblich genutzte Immobilien können über eine so genannte „Exit Tax“ steuerbegünstigt an REITs verkauft und anschließend wieder gemietet werden. Die Mietzahlungen sind dann in Zukunft Kosten, die den zu versteuernden Gewinn mindern.

Der Kampf um REITs ist also noch nicht entschieden: Es geht darum, die Steuerlücken so weit wie möglich zu schließen und die Herausnahme von Wohnimmobilien aus dem Projekt zu verteidigen. ■



↳ Florian Pronold, MdB (SPD) und spw-Mit-herausgeber, ist Mitglied im Finanzausschuss, er lebt in Deggendorf.

Foto: www.spdfraktion.de



Foto: Christian Kiel

Kein Frieden ohne Palästina!

Nach dem Beginn des Libanon-Einsatzes

von Wolfgang Tautz

» Vor der Küste des Libanon beteiligt sich seit Mitte Oktober die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Marine an einem weiteren militärischen Einsatz. Auch die Mehrheit der SPD-Fraktion im Bundestag hat ihr Votum dafür gegeben. 32 SPD-Abgeordnete haben sich dem nicht angeschlossen. Angesichts der „historischen Dimension“ – so stand es in spw 151 an dieser Stelle im Titel – kann die Diskussion auch innerhalb der SPD aber damit nicht beendet sein. In spw 150 lautete der Titel: „Erst Sicherheit, dann Frieden“. Sind wir diesem Frieden wirklich näher gekommen?

So wichtig die Waffenruhe und deren Sicherung im Libanon und im Norden Israels auch sind, fast ungenannt von den Politikern und den Medien geht die Gewalt im Gaza-Streifen weiter. Dem dient eine Sprachregelung, die nur vom Libanon-Krieg

spricht und 33 Kriegstage zählte. Nicht ohne Absicht wurde damit der Gesamtkonflikt geteilt, um mit den Teilen nach verschiedenen Maßstäben umzugehen. Bei der politischen Zielstellung für den militärischen Einsatz ist dann auch nur die Rede von 2 Libanon-Resolutionen der UNO, von 2 gefangenen israelischen Soldaten, aber nicht von 9000 gefangenen Palästinensern in Israel und all den UNO-Resolutionen, die Israel nicht erfüllt hat. Man spricht davon, Israel zu schützen. Wer schützt den Libanon und wer die Palästinenser?

- Bei diesen Widersprüchen kristallisieren sich zwei Kernfragen heraus:
 1. Wie wird die UNO den Anforderungen der gegenwärtigen Krise gerecht?
 2. Welches wäre eine angemessene Rolle der Bundesrepublik Deutschland?

Auf diese Fragen gilt es an dieser Stelle, Antworten aus der Sicht der Sozialdemokratie und ihrer Linken zu finden.

□ Wie wird die UNO ihren Anforderungen gerecht?

» Ihr Handeln widerspiegelt weniger eine wirkliche „Gemeinschaft“, als eine Minderheitsposition der USA, die nur durch das Vetorecht bei Entscheidungen des Sicherheitsrates bestimmend wird. Das Ziel der USA ist es anscheinend, Israels Norden zu sichern, damit es freie Hand in den Palästinenser-Gebieten behält – dieses als Teil einer umfassenderen Einflussstrategie für den ganzen Nahen Osten. Frieden und Sicherheit auf Dauer kann Israel nur bei einer Gesamtlösung mit allen seinen Nachbarn erhalten. Die Bilanz der toten Zivilisten, ca. 1000 im Libanon, ca. 35 in Israel, die nicht aufgezählten in Gaza (Informationen von Anfang Oktober sprechen von mehr als 200 Toten), dazu tote Soldaten, die unvorstellbaren Zerstörungen an Gebäuden und Infrastruktur sollten Anlass sein, diese Gesamtlösung jetzt mit allen Mitteln durchzusetzen. Bedarf es für jede Teillösung eines erneuten grausamen Konfliktes?

Der Kernpunkt des Problems ist und bleibt die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina. Im Jahre 2000 war zwischen Clinton, Barak und Arafat nach mehr als 8jährigen vertrauensbildenden Teilschritten ein Verhandlungsstand erreicht, der noch heute als Maßstab für eine endgültige gerechte Lösung zu betrachten ist. Ein abruptes Ende dieser Periode setzte damals Ariel Sharon als Wahlkämpfer und bald darauf als Ministerpräsident Israels. Zum gleichen Zeitpunkt endete in den USA die Präsidentschaft von Clinton, der die Verhandlungen moderiert hatte, ihm folgte G. Bush mit einer neuen Strategie. Seitdem wurden die jüdischen Siedlungen in der Westbank erweitert, eine israelische Sperr-Mauer im palästinensischen Gebiet wurde geschaffen und damit eine beabsichtigte Grenzveränderung markiert. Die z. T. EU-finanzierte Infra-Struktur Palästinas, wie Wohngebäude, Straßen, Kraftwerke und Regierungsgebäude wurden durch Israel systematisch zerstört. Zerstört wurden damit auch die früheren Verhandlungsergebnisse.

Vor einigen Monaten hätte die Forderung lauten können, dass eine neue Vertrauensbasis schrittweise aufgebaut werden muss. Wenn die Welt nicht weitere Konflikte hinnehmen will, muss sie nun in der ungünstigsten aller Situationen Schritte zu einer endgültigen Lösung gehen. Die jetzigen Leistungen für die Sicherheit Israels im Norden dürfen dabei nicht ohne Gegenleistung – insbesondere ohne das Ende der Gewalt in Palästina – erfolgen. Die USA müssen darauf verzichten, diesen Konflikt zur Verstärkung ihrer regionalen Machtposition zu nutzen. Einen Vertrauensvorschuss haben sie dafür nicht. Aber wenn die Welt als „Gemeinschaft“ wirksam werden will, dann muss sie die USA auf diesen Weg bringen.

□ Worin sollte nun die besondere deutsche Rolle bestehen?

➤ Zunächst in der Diplomatie! Ein Rahmen dafür wurde gerade aufgezeigt. Diplomatie spielt sich nicht immer in aller Öffentlichkeit ab. Aber in der Öffentlichkeit muss diese Dis-

kussion geführt werden, um Druck von innen auf sie auszuüben. Noch besteht ein Vertrauensvorschuss für Deutschland auf allen Konfliktseiten. Diesen zu bewahren, das wäre wichtiger gewesen als der begonnene Militäreinsatz, dessen Konsequenzen gar nicht allein in deutscher Hand liegen. Als Gefahr steht im Raum: Israel hat angedeutet, auch weiter mit Gewalt zu reagieren, wenn es die Maßnahmen der UNO als nicht ausreichend ansieht. Bei Verletzung des Waffenstillstandes stehen auch deutsche Kriegsschiffe vor der Möglichkeit, ihr robustes Mandat gegen Israel einzusetzen – also keine deutsche Rolle! Humanitärer Hilfe ist in jedem Fall zuzustimmen. Vor der Übernahme von Kosten für den Wiederaufbau ist aber die materielle Wiedergutmachung durch die Verursacher einzufordern. Sonst würden auch zukünftige Zerstörungen legitimiert, „wir“ bessern ja alles wieder aus.

Der Libanon kann auch als ein weiterer Schritt verstanden werden zu einer scheinbaren Normalisierung von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. Eine kritische Analyse der bereits länger andauernden Einsätze und der eigentlich dabei angestrebten Ziele sollte in und neben der Programmdiskussion erfolgen. Das Verteidigungsprinzip des Grundgesetzes und der Parlamentsvorbehalt sollten dabei Vorrang vor „Bündnispflichten“ und bedingungsloser europäischer Gemeinsamkeit haben. In diesem Sinne bin ich den 32 Abgeordneten der SPD für ihre Gegenstimmen sehr dankbar, dass sie für solche Überlegungen einen Raum geschaffen haben. ■



☞ Dr. Wolfgang Tautz, aktiv u.a. in der Friedensbewegung und im AK Frieden des Forum DL21, er lebt in Güstrow.

Foto: privat

Die solidarische Mitte

von Hubertus Heil



↳ Hubertus Heil, MdB, Politikwissenschaftler, ist SPD-Generalsekretär und lebt in Peine.

Foto: www.spdfraktion.de

» In der öffentlichen Diskussion über die Leistungsträger und die neue Armut in unserer Gesellschaft gibt es einen unsichtbaren Dritten, der kaum Schlagzeilen macht, aber für uns die Hauptrolle spielt. Es sind diejenigen Menschen, die für das Ganze denken und handeln, ob sie nun in eher bescheidenen oder wohlhabenden Verhältnissen leben. Bürgerinnen und Bürger, die an gleiche Chancen und gleiche Rechte glauben, die hart arbeiten und ihre Steuern zahlen, nicht hinterziehen, die sich engagieren und die bereit sind, Solidarität zu üben. Und das nicht nur aus eigenen materiellen Interessen, sondern weil sie in einem sozial intakten Land leben wollen. Das ist die solidarische Mitte der Gesellschaft.

Für die solidarische Mitte ist Leistung überhaupt nichts Elitäres. Für sie bedeutet Leistung ganz einfach soziale Teilhabe. Engagement verdient Anerkennung, gute Arbeit ist gut zu entlohnen, jeder braucht die Chance zum Aufstieg. Diese Regel aber gilt oft nicht mehr. Die Frage, ob Leistung sich lohnt, beantworten wir daher kritisch: Die Bildungschancen sind nicht offen, sondern abhängig von der Herkunft. Der Einstieg in die Erwerbsarbeit ist vielfach blockiert, weil der Ausbildungsplatz fehlt. Die Arbeit wird entwertet, weil statt solider Berufsqualifikation das Kettenpraktikum um sich greift, weil selbst größte Anstrengungen in einem profitablen Unternehmen mit Gehaltskürzungen oder Arbeitsplatzverlust einhergehen. Prekäre Beschäftigung auf kurze Frist und zu miserablen Stundenlöhnen nimmt zu, ohne dass die Leistung der betroffenen Menschen daran etwas ändert. So kommt es zu der Verunsicherung und der Resignation, die landauf landab die Kommentatoren beschäftigt.

Es geht uns nicht darum, Besserverdienende aus der sozialen Verantwortung zu lösen. Wir wollen die soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft erneuern. Armut und Ausgrenzung haben viele Gesichter und sind durch Geldtransfers allein nicht zu bekämpfen. Wo staatliche Zahlungen so angelegt sind, dass sie die Passivität begünstigen und den definitiven Ausschluss aus der Arbeitswelt mit allen ihren sozialen Kontakten besiegeln, wird die Spaltung der Gesellschaft sogar noch verstärkt. Das kann nicht unser Weg sein. Wir wollen eine aktivierende, alle Menschen einbeziehende Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Das muss finanziert werden. Die Steuerpolitik gehört zur Debatte. Wir brauchen die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, die Maß nimmt an den Einkommens- und Vermögensunterschieden. Bei den öffentlichen Ausgaben sind wir dann im Gegenzug dazu verpflichtet, alles dafür zu tun, die Leistungsfähigkeit und die Teilhabe der Menschen zu verbessern.

Die solidarische Mitte ist keine Schicht oder Klasse. Sie lässt sich nicht an der Einkommenshöhe oder dem Berufsstatus erkennen. Sie ist diejenige Gruppe, die sich gegen die Vorstellung einer Klassengesellschaft wehrt. Was sie eint, ist nicht der Steuerbescheid oder die Flucht in die Steueroase, es sind die gemeinsamen Werte und Ziele und vor allem die Überzeugung, dass eine gerechte Gesellschaft auf sozialer Durchlässigkeit beruht. Sie sind die Mehrheit in unserem Land. Ein Reformbündnis für soziale Demokratie muss sie politisch zusammenführen. ■

„Normalos“ ohne Schutz ...

von Dirk Meyer



↳ Dirk Meyer, Historiker, lebt und arbeitet im Rheinland.

Foto: privat

» Wer es gehört hat, traute seinen Ohren nicht, als der Vize-Kanzler in den ‚tagesthemen‘ die Existenz von Unterschicht und durch Perspektivlosigkeit erlernten Mangel an Aufstiegswillen verleugnete. Endet so, wer als Sozialdemokrat zuvor mit Teilprivatisierung der Sozialversicherungen, Hartz-Gesetzgebung etc. die Axt an den Sozialstaat gelegt hat?

Dabei hat Kurt Beck doch nur Überlebenswillen gezeigt, als er den Blick zunächst und vor allem auf die unter Druck geratenen echten Leistungsträger aus der Mitte der Gesellschaft gelenkt hat und mit Blick auf die Unterschicht illustriert, von welcher verhaltensprägender Konsequenz Ausgrenzung ohne Perspektive ist – für die Betroffenen und für die davon Bedrohten. Die Mittelschicht – tragende Klientel der SPD – ist massiv unter Existenzdruck geraten. Das zeigt die Wirklichkeit, mit der „die Leut“ nach sieben Jahren rotgrün und einem Jahr rotschwarz konfrontiert sind: Eine deutsche „Eckfamilie“ mit zwei Kindern hat heute, je nach Alter der Kinder und ohne das Beispiel zu überstrapazieren, zeitgleich mit Mehrwertsteuererhöhung, gekappter Pendlerpauschale, höheren GKV-Beiträgen plus Zuzahlungen, Reallohnverlusten bei mehr Arbeit, verstärkter privater Altersvorsorge, fehlenden Ganztagsangeboten für Kinder, prekären Arbeitsverhältnissen und Studiengebühren zu rechnen. Sie hat außerdem zu tun mit aggressiven Fonds, die entweder ihre Wohnungen an der Börse handeln oder gesunde Betriebe zerlegen – eingeladen von rotgrün-schwarz. Und die Eckfamilie weiß, dass sie mit Hartz IV in nur einem Jahr ganz unten ankommen kann, während die Unternehmen 5 Mrd.-Steuergeschenke erhalten.

Das alte Sozialstaatsversprechen, wonach sich individueller Einsatz lohnt, wird nicht mehr nur von der Unterschicht in Frage gestellt. Längst hat dieses Gefühl die gesellschaftliche Mitte erfasst. Und das Schlimme daran: Die Normalos empfinden sich dabei als schutzlos, auf sich selbst verwiesen, ohne Schutzmacht bzw. von ihr verlassen. Viele ziehen sich auf den überschaubaren Winkel des eigenen Sozialen zurück, steigen politisch aus.

Die SPD muss das Sozialstaatsversprechen erneuern. Dabei geht es um die soziale Ausgestaltung globalisierter Wirklichkeit – und zwar dort, wo der Staat seine Kernkompetenzen hat. Beim Schutz des Einzelnen vor kapitalistischer Willkür. Bei gerechten Startchancen in Kindergarten, Schule, Ausbildung und Universität. Bei fairen Spielregeln zwischen den Tarifparteien. Bei einer Balance zwischen Export- und Binnenmarktorientierung. Bei solidarischen Fundamenten im Sozialen, flexibel auf die moderne Arbeitswelt ausgerichtet und zugleich wieder Sicherheit verleihend.

Dies in konkrete Politik ausformuliert, gibt die Sozialdemokratie den Menschen zurück. Überdies würde die Doppelzüngigkeit christdemokratischer Länderfürsten deutlich, die mit gegliedertem Schulsystem, Studiengebühren, unbeschränkten Ladenöffnungszeiten etc. verbal links blinken und landespolitisch rechts abbiegen. Wollte Kurt Beck diesen Neubestimmungsprozess der SPD mit der Schichtendebatte beginnen, dann verdient er unsere Unterstützung. Vor allem, wenn es darum geht, sie auch im Bund realpolitisch zu unterfüttern. ■

„Wir stehen für eine gerechtere Politik!“

spw: Am DGB-Aktionstag gegen die Politik der Großen Koalition im Oktober haben mehr als 220.000 Menschen teilgenommen. Wie ist eurer Fazit? Welche politischen Veränderungen erwartet die Gewerkschaften?

„ **Jürgen Peters:** Das war ein guter Start. Es geht jetzt darum, weiter Druck für unsere Alternativen zur Steuer-, Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik zu machen. Bisher gehen die sogenannten Reformen einseitig zu Lasten von Arbeitnehmern, Rentnern und Patienten. Das haben die Menschen satt. Wir wollen, dass es wieder gerechter zugeht. Die Große Koalition ist gut beraten, den Unmut nicht zu ignorieren.

spw: Die gute konjunkturelle Entwicklung spült zusätzlich Milliarden-Einnahmen in die Staatskassen. Wie sollte das Geld nach Meinung der IG Metall eingesetzt werden?

„ **Peters:** Die Einnahmen können kein Grund zur Entwarnung für den Arbeitsmarkt sein. Eine Politik gegen die Arbeitslosen mit immer mehr Leistungskürzungen hilft da nicht. Es fehlen Arbeitsplätze. Ohne ein kräftiges Wachstum geht es nicht. Wir brauchen aber auch ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm. Investitionen in die Infrastruktur, wie zum Beispiel Schulen, Kindertagesstätten und soziale Dienste sind dringend notwendig und schaffen zusätzliche Beschäftigung.

spw: Welche Bedeutung hat Arbeitszeitverkürzung angesichts tatsächlich verlängerter Arbeitszeiten und der von der Großen Koalition anvisierten „Rente mit 67“?

„ **Peters:** Die Arbeitgeber wollen die 40-Stunden-Woche und damit weniger Menschen in den Betrieben. Für uns bleiben kürzere Ar-

spw-Interview mit dem IG-Metall-

Vorsitzenden Jürgen Peters ■ ■

beitszeiten ein Weg, Beschäftigung zu halten. Die Rente mit 67 ist der falsche Weg. Angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit wäre die Verlängerung der Lebensarbeitszeit unverantwortlich. Außerdem halten schon heute viele Beschäftigte wegen der enormen Belastungen nicht bis zur Rente durch. Für die ist die Rente mit 67 sogar zynisch.

spw: Anlässlich des UN-Gipfels in Nairobi wird in diesen Tagen die Klimaerwärmung wieder stark diskutiert. Ist das auch ein Thema für die große deutsche Industriegewerkschaft?

„ **Peters:** Es gibt viele drängende Gründe, schonender mit unseren Ressourcen umzugehen. Es geht dabei um die langfristige Sicherung unserer Lebensgrundlagen. Dem müssen wir uns stellen. Auch die IG Metall leistet dazu Beiträge. Gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium haben wir ein 10-Punkte-Papier vorgestellt, das Wege aufzeigt, wie die Ressourceneffizienz in Deutschland gefördert werden kann. Um Energie und Rohstoffe produktiver einzusetzen, fordert die IG Metall steuerliche Anreizprogramme, die an umweltbezogenen Kriterien orientiert sind.

spw: Zum Schluss: Wie hat sich das Gesprächsklima zwischen SPD und Gewerkschaften in den letzten Monaten entwickelt?

„ **Peters:** Wir nutzen alle Möglichkeiten des Gesprächs. Der Dialog hilft, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Gremien, wie der Gewerkschaftsrat, bieten dafür gute Strukturen. Die SPD muss aber auch wissen, dass wir für eine gerechtere Politik stehen. Die SPD tut gut daran, die Interessen von Arbeitnehmern, der Mehrheit in dieser Gesellschaft, zu berücksichtigen.

↳ Das Gespräch führte Reinhold Rünker.

spw

» Meinungsstark!

» Links!

» In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus**
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

**Menschen machen
Innovationen**
Karl-Heinz Brandl /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____

Möhrendurcheinander mit Käse-Gratin

Einleitung zum Schwerpunkt | von Andrea Nahles



» In den Beratungen, die dem Gesundheitskompromiss vorangingen, fühlte man sich oft an das störrische Maultier erinnert, dem immer wieder eine Möhre vor die Nase gehalten werden muss, damit es sich von der Stelle bewegt. Die Abgeordneten haben dabei die Rolle der Maultiere inne, während die Fraktions- und Verhandlungsführung Möhren dergestalt hoch hielten, dass diese oder jene Sauerei der CDU/CSU vermieden werden könne, indem man den einen und anderen Kompromiss in der Sache widerwillig aber um des Großen Ganzen Willen mitmache. Im Nachhinein ist es nicht nur ein Verdacht, sondern eine Gewissheit, dass nicht jede Finte allein beim Koalitionspartner ausgeheckt wurde.

□ Möhrendurcheinander

» Als CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder vor Ostern im „Stern“ seine Vorstellungen von der Gesundheitsreform „enthüllte“ (Stern v. 11.04.2006) wurde nach außen so getan, als würde hier jemand seine Privatmeinung äußern. Noch im SPD-Parteirat im Juni 2006 wurde mit breiter Mehrheit und unmissverständlich beschlossen, dass es mit der SPD keine Kopfpauschale geben würde. Die Wahrheit ist, dass Ulla Schmidt schon früh im Jahr 2006 einen Gesundheitsfonds mit einer kleinen Kopfpauschale – allerdings unter Beteiligung der privaten Krankenversicherungen als Linie ausgegeben und intern mit der Union vorbereitet hat. Am Ende hat sich der Fonds und die kleine Kopfpauschale – allerdings auch die PKV gegen die SPD-Linie durchgesetzt. Die Privaten beteiligen sich nicht.

Die Kleine Kopfpauschale wird – wenn auch sozial abgefedert – eingeführt. Damit ist eine neue Logik in das System der Gesetzlichen Krankenkassen eingeführt, die nicht nur die paritätische Finanzierung weiter aushöhlt, sondern die auch den Wettbewerb um die Gesunden und Gutverdiener massiv in die Gesetzlichen Krankenkassen einführen wird. Der Hinweis, dass sich die Hartz IV Empfänger in Zukunft einer kleinen Kopfpauschale durch einen problemlosen Wechsel der Krankenkasse entziehen könnten, wird nun allenthalben unhinterfragt gepredigt. Tatsächlich können Kranke, die in Chroniker-Programmen sind und Patienten in der integrierten Versorgung nicht einfach wechseln, Alte und weniger gebildete Menschen tun dies ohnehin nach allen Erfahrungen nicht. Ein weiterer Streitpunkt war die Einbeziehung der Privaten Krankenkassen in die Finanzierung der Gesundheitsreform und der Versuch, so etwas wie „Waffengleichheit“ im forcierten Konkurrenzkampf gesetzlicher und privater Krankenkassen zu erreichen. Der zugesagte Morbiditäts-Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) kommt leider wie in Form eines Schweizer Käses daher. Im Gesetzblatt steht ein Risikostrukturausgleich der 180 Krankheiten ausgleich. Das passte der Union jedoch nicht. Er wurde deshalb verwässert und gleicht nur noch 50-80 Krankheiten zwischen den Kassen aus. Darüber hinaus soll auch noch ein „Schwellenwert“ eingeführt werden, der erstmal überschritten werden muss, um in den Genuss des Risikoausgleichs zu kommen. Was das in der Praxis bedeutet, ist völlig unklar. Weltweit gibt es für einen derartigen Schwellenwert kein Beispiel. Wenn der Risikostrukturausgleich nicht funktioniert, wird es für eine Reihe von gesetzlichen Krankenkassen bitter. Das hängt auch mit dem nächsten Punkt zusammen.

» Künftig sollen Krankenkassen auch insolvent werden können. Damit nicht genug: sie sollen nicht mehr als Körperschaften öffentlichen Rechts, sondern als GbR geführt werden, wodurch die Haftung im Insolvenzfall allein und ausschließlich auf die insolvente Krankenkasse und ihre Versicherten beschränkt wird. Dieser kritische Punkt wurde zwar von den Fachpolitikern erkannt, im Gespräch ist jetzt, dass die Laufzeit für die Einführung eines solchen Veränderung noch mal einige Jahre nach hinten verschoben werden soll. Aber man muss ernsthaft fragen, ob wir wollen, dass Gesetzliche Krankenkassen überhaupt in einen solchen Rahmen gepresst werden sollten. Wer weniger Krankenkassen will, der kann es einfacher und ehrlicher haben: Wie in den Niederlanden könnten wir auch in Deutschland Mindestgrößen für Krankenkassen vorgeben und damit auf einen geordneten Fusionsprozess setzen. Aber offensichtlich geht es eben auch darum, die Selbstverwaltungsstrukturen der Krankenkassen nachhaltig zu zerschlagen. Dazu mag man stehen wie man will, ich heule nicht den Kassenvorständen nach, aber erneut wird ein Wettbewerbsbegriff hoffähig gemacht, der sich in meinen Augen nicht mir einem Auftrag öffentlicher Daseinsvorsorge verträgt, wie wir ihn gerade im Gesundheitsbereich brauchen. Wettbewerb um Qualität der Versorgung und besten Service und angemessene Kostenstrukturen – ja. Aber privatwirtschaftliche Logik und Kostendruck und Auslese der Kranken um „wettbewerbsgerecht“ zu agieren, finde ich mehr als bedenklich.

Die Parlamentarische Linke hat bereits im Oktober eine umfangreiche Arbeitsgrundlage erarbeitet, die wir in diesem Schwerpunkt dokumentieren. Zahlreiche kritische Anmerkungen kamen und kommen auch von Experten aus der fachwissenschaftlichen Forschung und Politikberatung: Beispielhaft dafür veröffentlichen wir in diesem Schwerpunkt einen Beitrag Kai Mosebach und Rolf Schmucker vom Zentrum für Gesundheitswissenschaft der Universität Frankfurt. Mit Fragen der Selbstverwaltung und Marktorientierung befasst sich der Artikel des Düsseldorfer Sozialexperten Harry Fuchs. Neben seiner Kritik an der überwiegend

marktwirtschaftlichen Ausrichtung des Gesetzesvorhaben kritisiert Fuchs v.a., dass die Krankenkassen künftiger weniger denn je in der Lage sein werden, selbst über die wichtigsten Eckpunkte ihrer Einnahmen zu entscheiden und damit die Selbstverwaltung auf der Strecke bleibt.

In diesem Schwerpunktheft veröffentlichen wir darüber hinaus einen Beitrag, der den Blick über die aktuelle „Reform-Diskussion“ hinaus schiebt. Uwe Kremer analysiert in seinem Aufsatz die ökonomischen und politischen Impulse, die sich aus der Gesundheitswirtschaft als dynamische Entwicklungsbranche ergeben. Es kommt für die Linke aktuell nicht nur darauf an, im Gesetzgebungsprozess die richtigen Weichen zu stellen. Wir müssen auch in der politischen Kommunikation deutlich machen, dass es in der Gesundheitspolitik nicht nur um großkoalitionäre Auseinandersetzungen geht, sondern hier auch Chancen für eine bewusste fortschrittliche Positionierung der Sozialdemokratie liegen können. Wir sollten sie ergreifen.

□ Reform als Großlochkäse.

» Was lehrt uns die aktuelle politische Debatte in Berlin? Wer mit der falschen Strategie in die Verhandlung geht läuft Gefahr, dass bei zunehmenden Druck die eigene Positionen derart Blasen schlagen, dass letztlich übergroße Löcher entstehen. So entsteht Großlochkäse, aber kein Jahrhundertwerk. Und ob diese Gesundheitsreform länger hält als die Koalition, die sie ausgehandelt hat, ist ungewiss. Es kommt nun darauf an, aus dem vorliegenden Text die größten Schnitzer zu entfernen und Elemente zu verankern die es erlauben, im Falle kommender Regierungskonstellationen ein Umsteuern in Richtung solidarische Bürgerversicherung vorzunehmen. Diese Perspektive darf nicht verbaut werden. ■

☞ Andrea Nahles, MdB (SPD), Literaturwissenschaftlerin, Mitglied im SPD-Präsidium und SPD-Parteivorstand, Mitherausgeberin der spw.



Gesundheitsreform 2006 – ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit

von Kai Mosebach und Rolf Schmucker

Im Sommer 2003 legte die sog. Rürup-Kommission ihren Bericht zur Reform der Finanzierung der Sozialen Sicherungssystem vor. In Ermangelung eines Konsenses mündeten die Vorschläge zur Reform der Krankenversicherung in dem bekannten „Y-Modell“, welches der Politik nahe legte, sich entweder für eine Bürgerversicherung oder eine Kopfpauschale zu entscheiden. Drei Jahre danach nun hat sich die Bundesregierung der großen Koalition aus CDU, CSU und SPD vorgenommen, eine Finanzierungsreform auf den Weg zu bringen. Das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV (GKV-WStG) zielt auf viele gesundheitspolitisch wichtige Steuerungsprobleme. Wir wollen uns hier jedoch auf die Finanzierungsseite beschränken. Ist die Gesundheitsreform 2006 ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit?

□ Gesundheitsfonds: Erosion des Solidaritätsprinzips

Ab dem 1. Januar 2009 soll ein Gesundheitsfonds die Finanzströme der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bündeln. Die Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag), werden von den Krankenkassen eingezogen und an den Fonds weitergeleitet. Ihre Höhe wird bundesweit durch eine Rechtsverordnung bestimmt – analog dem Verfahren in der Renten- und Pflegeversicherung. Im Gegensatz zur bisherigen Verfahrensweise werden die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds zukünftig nur noch einen einheitlichen Pauschalbetrag für jeden Versicherten bekommen. Dieser soll durch eine Erneuerung des Risikostrukturausgleichs die unterschiedlichen Versichertenstrukturen zwischen den Krankenkassen nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und bestimmten Krankheitsmerkmalen ausgleichen. So werden Krankenkassen, die einen höheren Anteil chronisch Kranker und damit „teure“ Versicherte aufweisen, einen höheren Betrag aus dem Gesundheitsfonds bekommen.

Erwirtschaftet eine Krankenkasse einen Überschuss, so kann sie diesen in Form eines Geldbetrages an ihre Versicherten ausschütten oder zusätzliche Leistung gewähren. Übersteigen die Ausgaben hingegen die Einnahmen einer Krankenkasse aus dem Gesundheitsfonds, so muss eine Kasse einen Zusatzbeitrag von den Versicherten erheben oder Satzungsleistungen streichen. Diesen Zusatzbeitrag kann die Krankenkasse entweder in prozentualer Abhängigkeit vom Einkommen oder auch als einkommensunabhängige Pauschale erheben, letzteres ist eine Art „kleine“ Kopfpauschale.

» Neben den Sozialversicherungsbeiträgen soll ab 2008 ein aus dem Bundeshaushalt aufzubringender Steuerzuschuss von anfänglich 1,5 Milliarden in den Fonds eingezahlt werden. Die Mittel des Fonds sollen zu seinem Startzeitpunkt die Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu 100 Prozent decken. Danach müssen sich die Ausgaben zu mindestens 95 Prozent aus dem Gesundheitsfonds finanzieren, was umgekehrt betrachtet bedeutet, dass die Zusatzbeiträge der Versicherten auf bis zu fünf Prozent der GKV-Ausgaben ansteigen können. Die Erhöhung des Anteils der Zusatzbeiträge an den GKV-Ausgaben ist in Zukunft daher per Gesetz möglich. Die kleine Kopfpauschale kann schnell zur großen werden.

Der beschlossene Gesundheitsfonds dürfte die Verwirklichung des Solidaritätsprinzips in der GKV (weiter) schwächen. Einkommensschwache Haushalte werden durch den Zusatzbeitrag potenziell am stärksten belastet. Die Höhe dieses zusätzlichen Beitrages ist zwar auf ein Prozent des Bruttoeinkommens begrenzt, es kann jedoch ein pauschaler Zusatzbeitrag in Höhe von bis zu acht Euro erhoben werden. Für die Empfänger von Sozialhilfe oder Grundsicherung in der Rente übernimmt der Träger diesen Zusatzbeitrag, für Empfänger von Arbeitslosengeld II übernimmt der Bund den Zusatzbeitrag für die Dauer der Kündigungsfrist. Die Vermeidung der zusätzlichen Belastung durch den kassenindividuellen Zusatzbeitrag für ALG II-Empfänger hängt davon ab, ob sie über die entsprechenden Informationen verfügen können und ob

es Kassen gibt, die keinen Zusatzbeitrag erheben. Bei Einkommen von weniger als 800 Euro kann die Belastung mit einem pauschalen Zusatzbeitrag schnell über 1 Prozent des Einkommens liegen, reguläre Zuzahlungen sind hierbei noch gar nicht eingerechnet.

» Da nur ein Teil des sog. Morbiditätsrisikos zwischen den Krankenkassen umverteilt werden soll, besteht für solche Kassen, die eine Versichertenstruktur mit einem großen Anteil an chronisch Erkrankten aufweisen, weiterhin das Risiko, dass sie im Wettbewerb um Versicherte zunehmend junge, gesunde und (relativ) wohlhabende Versicherte verlieren, wenn es ihnen nicht gelingt, die Höhe des Zusatzbeitrages zu begrenzen. Ob der entstehende finanzielle Druck dahingehend wirkt, eine effizientere Versorgung zu organisieren, freiwillige Satzungsleistungen zurückzunehmen oder betroffene Kassen in den finanziellen Kollaps und damit in den Konkurs mit anschließender Fusion zu zwingen, bleibt offen. „Kassensterben“ ist zwar politisch gewollt, führt jedoch für die betroffenen Versicherten wiederum zu erheblichen Verunsicherungen. Denn es werden vor allem Versicherte mit einem „schlechteren Risiko“, d.h. kranke Versicherte sein, welche bei einer Kasse mit Finanzierungsgespässen verbleiben.

Die geplante Erhöhung des Steuerzuschusses an die Gesetzliche Krankenversicherung schließlich wird zwar vor allem aus der Einkommens- und Mehrwertsteuer aufgebracht, die auch höhere Einkommen betrifft. Aber der Einbezug der Privaten Krankenversicherung (PKV) würde die solidarische Umverteilung innerhalb der GKV nachhaltiger machen, weil sich sowohl höhere Einkommensklassen der Zahlung ihres Beitrages nicht durch Steuervermeidung entziehen können und die Finanzierungsmittel nicht direkt von haushaltspolitischen Kalkülen abhängig wären. Daher ist es nicht einzusehen, warum die PKV nicht in die Finanzierung des Gesundheitsfonds einbezogen wird.

☞ Kai Mosebach, Politologe und ☞ Dr. Ralf Schmucker, arbeiten als Wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Medizinische Soziologie am Zentrum für Gesundheitswissenschaften der Universität Frankfurt/Main.

□ Die Trennlinie zwischen GKV und PKV bleibt

Das deutsche Finanzierungssystem, in dem die Gesetzliche und die Private Krankenversicherung nebeneinander existieren, räumt den Privatversicherungen große Privilegien ein. Im Vergleich der (alten) EU-Mitglieder gibt es kein anderes Land, in dem private Krankenversicherer ohne Kontrahierungszwang ihre (Voll-)Versicherten aussuchen können, und in dem die PKV-Unternehmen gleichzeitig weitgehend vor dem Wettbewerb untereinander geschützt sind. Ergebnis ist das schon oft kritisierte Zwei-Klassen-Versicherungssystem, in dem sich Beamte, Selbständige und Gutverdiener der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems entziehen können. Gleichzeitig besitzt die PKV die Möglichkeit, sich die „guten Risiken“ auszusuchen, d.h. junge, gesunde und besserverdienende Versicherte („Rosinenpicken“), während (chronisch) Kranke und Geringverdiener der GKV zugewiesen werden. Diese Gerechtigkeitslücke im Finanzierungsmodus ließe sich nur durch eine Integration aller Versicherten in ein einheitliches, solidarisch gestaltetes System schließen, wie dies z.B. im Konzept der Bürgerversicherung vorgesehen ist.

Das GKV-WSG wird dieser Forderung allerdings nicht gerecht. Es bleibt bei der Trennung von GKV und PKV. Allerdings werden die Bedingungen der Tarifgestaltung der PKV modifiziert. Die privaten Versicherungen sollen künftig dazu verpflichtet werden, einen Basistarif anzubieten, dessen Leistungsumfang dem der GKV entspricht. Eine individuelle Risikoprüfung des Gesundheitszustands der Versicherten ist in diesem Tarif nicht gestattet (Kontrahierungszwang). Die Prämien können jedoch weiterhin nach Alter und Geschlecht des/der Versicherten differenziert werden. Der Beitrag für den Basistarif, der für alle freiwillig in der GKV Versicherten geöffnet wird, darf den Höchstbetrag des GKV-Beitrages (derzeit etwa 500 Euro) nicht überschreiten. Bei finanzieller Überforderung des Versicherten soll der Tarif reduziert und ein staatlicher Zuschuss gewährt werden.

Neu ist auch, dass die PKV-Versicherten bei einem Versicherungswechsel zu einer anderen Privatversicherung künftig einen Großteil ihrer Altersrückstellungen mitnehmen. Die bislang fehlende Portabilität verhinderte den Wettbewerb der Unternehmen um bereits in der PKV Versicherte weitgehend. Die PKV konzentrierte ihre Bemühungen in der Vergangenheit daher weitgehend auf die Erstversicherung. Die Annäherung des PKV-Basistarifs an die Versorgungsprinzipien der GKV soll den Wettbewerb zwischen den beiden Systemen verstärken. Gleichzeitig wird die Tarifgestaltung der GKV um privatwirtschaftliche Kalkulationsprinzipien erweitert. Künftig wird allen GKV-Versicherten die Option eingeräumt, einen Selbstbehalttarif zu wählen. Dies konnten bislang nur freiwillig Versicherte. Die Möglichkeit, die Behandlungskosten bis zu einer bestimmten Höhe selbst zu tragen, und dafür einen Beitragsnachlass zu erhalten, ist insbesondere für junge und gesunde Versicherte finanziell attraktiv. Diese können davon ausgehen, dass ihr Beitragsnachlass höher ausfällt als der tatsächlich zu zahlende Selbstbehalt. Die solidarische Umverteilung finanzieller Lasten zwischen gesunden und kranken Versicherten im GKV-System wird durch diese tarifliche Gestaltungsoption eingeschränkt.

Vertreter der PKV kritisieren den Gesetzentwurf als unzumutbaren Eingriff in ihre Geschäftsgrundlagen. Allerdings gehen die Neuerungen im Wesentlichen nicht über das hinaus, was die PKV selbst im Jahr 2005 angeboten hatte. Und sie sind weit davon entfernt, die PKV umfassend in die solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems einzubeziehen. Zwar wird der Wechsel von der GKV in die PKV für abhängig Beschäftigte mit einem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze etwas erschwert, da die Grenze künftig an drei aufeinander folgenden Jahren überschritten werden muss. Dies entspricht jedoch in keiner Weise der im Konzept der Bürgerversicherung vorgesehenen Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze. Darüber hinaus wurde kein Konsens über einen Finanztransfer von der PKV zur GKV erzielt.

Ein Kritikpunkt der PKV am Gesetzentwurf macht jedoch tatsächlich auf ein gravierendes Defizit aufmerksam. Die PKV befürchtet ein „Vorteilshopping“ von potenziellen Versicherten im Basistarif, die solange im Zustand der Nicht-Versicherung verbleiben, bis sich ein Behandlungsbedarf abzeichnet, um dann in den Basistarif zurückzukehren. Das Problem liegt allerdings nicht im Basistarif selbst begründet, sondern im Fehlen einer allgemeinen Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung. Damit würde nicht nur ein „Vorteilshopping“ verhindert, sondern auch das Problem der Nichtversicherung aufgrund finanzieller Notlagen gelöst. Die Zahl der Personen ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich angestiegen. Voraussetzung für eine allgemeine Versicherungspflicht wäre allerdings ein einheitliches Versicherungssystem.

□ **Bürgerversicherung, Kopfpauschale und soziale Gerechtigkeit**

Während die Rürup-Kommission die endgültige Entscheidung an die Politik weiterleitete, entschied sich die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD für den kleinsten gemeinsamen Nenner. Der späte Start des Gesundheitsfonds zum 01.01.2009 hat nicht nur rein technischen Charakter. Vielmehr konnten sich die Befürworter von Bürgerversicherung (SPD) und solidarischer Gesundheitsprämie (CDU/CSU) nicht auf ein einheitliches Modell einigen. Mit dem Gesundheitsfonds ist lediglich eine institutionelle Basis geschaffen worden, um später eine Bürgerversicherung oder ein Kopfpauschalensystem (mit oder ohne Einbezug der PKV) einführen zu können. Das hängt von den kommenden politischen Kräfteverhältnissen ab. Herausgekommen ist daher ein institutionelles Patt (Gesundheitsfonds, PKV-Beibehaltung), mit Schiefelage zum Kopfpauschalensmodell („kleine Kopfpauschale“). Die Entscheidung für eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit im deutschen Gesundheitssystem ist – wieder einmal – vertagt worden. ■

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater **Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen**



Eine radikale
Kapitalismuskritik
3. Auflage 2006
240 S. - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemer **Privatisierung in Deutschland**



Eine Bilanz
Von der Treuhand zu
Public Private Partnership
2006 - 204 S. € 24,90 -
ISBN 3-89691-630-0

Dieter Scholz/Heiko Glawe/Helmut Martens/Pia Paust-Lassen/Gerd Peter/ Jörg Reitzig/Frieder Otto Wolf (Hrsg.) **Turnaround?**



Strategien für eine neue
Politik - Herausforderungen an Gewerkschaften und
Wissenschaft
2006 - 341 S. - € 29,90
ISBN 3-89691-638-6

Christoph Klutsch **American Empire - Die Bürde des reichen Mannes?**



Zur transnationalen Interessenidentität „neoliberal-imperialistischer“
Herrschaftsmuster
2006 - 223 S. - € 24,90
ISBN 3-89691-633-5

Hafenweg 26a
48155 Münster
Fon: 0251/39 00 48 0
Fax: 0251/39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de
www.dampfboot-verlag.de



Selbstverwaltung oder Markt?

von Harry Fuchs



Foto: Christian Kiel

» Eine wirksame Reform des Gesundheitswesens muss nicht nur seine nachhaltige Finanzierung sicherstellen, sondern insbesondere dafür sorgen, dass die verfügbaren Mittel bedarfsgerecht und wirksam eingesetzt werden. Dazu bedarf es keiner Millionen verschlingenden Neugestaltung des Beitragseinzugs, des Verteilungssystems oder der Verbändeorganisation. Überfällig ist vielmehr die systematische und nachhaltige Klärung, welche Versorgungsinhalte für welche Leistungsbedarfe wirklich wirksam sind, und die Sicherstellung, dass ausschließlich Versorgungsangebote organisiert und bezahlt werden, die das gewährleisten. Im Gegensatz dazu beschränkt sich das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der GKV (GKV-WSG) zur Reform des Gesundheitswesens im Kern auf folgende zwei Lösungsansätze:

- Die Beziehungen zwischen Patienten und Ärzten, Versicherten und Kassen, Kassen und Leistungserbringern werden noch stärker wettbewerbslich ausgestaltet.
- Mit der Einrichtung eines Gesundheitsfonds werden der Wettbewerb zwischen den Kassen

und die Anreize für die wirtschaftliche Verwendung der Einnahmen sowie für mehr innovative Angebote der Kassen erhöht.

Die Bundesregierung legt damit keine umfassende Reform des Gesundheitswesens vor, sondern setzt – wie es die Bezeichnung des Gesetzes schon verdeutlicht – allein auf Wettbewerb.

□ Wettbewerb setzt gleiche Rahmenbedingungen voraus

» Schon nach den Eckpunkten soll der Wettbewerb zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Privatversicherungen „fairer“ werden. Diese Zielsetzung unterstellt man selbstverständlich der CDU/CSU. Weniger bekannt ist, dass auch die gesundheitspolitischen Beschlüsse der SPD seit ihrem Bochumer Parteitag das Ziel eines „fairen Wettbewerbs“ zwischen PKV und GKV enthalten. Es ist eine immanente Eigenschaft des Wettbewerbs, den Wettbewerber im Markt zu überflügeln oder gar aus dem Markt zu drängen. Wettbewerb ist seiner Natur nach alles andere als „fair“.

Ein offener Wettbewerb ist nur denkbar, wenn die Rahmenbedingungen für die Wettbewerber gleich oder zumindest weitgehend gleich sind. Nicht ohne Grund beinhaltet das deutsche und europäische Vergaberecht zur Gewährleistung eines gleichberechtigten Wettbewerbs eine Reihe von Regelungen, die allein dazu dienen, den Wettbewerbern gleiche Rahmenbedingungen zu sichern. Die gesetzliche Krankenversicherung ist Element des öffentlichen Sozialrechts, die Privatversicherung bewegt sich im Rahmen des Privatrechts. GKV und PKV haben nicht nur unterschiedliche Organisations-, Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen sowie unterschiedliches Bewirtschaftungsrecht, sie bewegen sich vor allem in verschiedenen rechtlichen Regelungskreisen, die völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen setzen. Ein auch nur annähernd gleichberechtigter Wettbewerb zwischen PKV und GKV wäre nur denkbar, wenn diese – rechtlich gravierend unterschiedlichen – Rahmenbedingungen aufgehoben würden. Da einer Verstaatlichung der Privatversicherung das Grundgesetz entgegensteht, könnte die Angleichung der Rahmenbedingungen nur durch die Privatisierung der GKV erreicht werden. In diese Richtung enthalten die Eckpunkte elementare Schritte.

□ Wettbewerb erfordert Anforderungen und Maßstäbe

Wettbewerb setzt voraus, dass die Leistung, um die der Wettbewerb geführt werden soll, eindeutig und so erschöpfend ist beschrieben, dass alle Wettbewerber die Beschreibung im gleichen Sinn verstehen müssen und ihre Preise sicher und ohne umfangreiche Vorarbeiten berechnen können. Bisher richtet sich die Versorgung nach dem allgemein anerkannten Stand der medizinischen Erkenntnisse. Welche Leistungen jedoch aus gegebenem Anlass regelhaft zu erbringen sind, ist nirgendwo so eindeutig und erschöpfend beschrieben, dass darüber ein Wettbewerb geführt werden könnte. Wettbewerb muss um Wirksamkeit und Qualität der Leistungen geführt werden. Dazu ist aber die unabhängige und konsentiertere Definition

der Leistungsinhalte und ihrer Qualität unverzichtbar. Derartige Leistungsverzeichnisse müssten erst noch mit wissenschaftlicher Unterstützung anbieter- und kostenträgerunabhängig entwickelt und von allen Beteiligten konsentiert werden (sogen. lex-artis-Regelungen). Mit der Entwicklung könnte z.B. das Kölner Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) beauftragt werden, was allerdings im GKV-WSG nicht vorgesehen ist. Das Gesetz setzt zwar vornehmlich auf Wettbewerb, ohne jedoch die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

□ Marktwirtschaftliche Ausrichtung der GKV

Wenn die GKV wirklich – mit einer langfristigen und nachhaltigen Existenzperspektive – marktwirtschaftlich ausgerichtet werden soll, setzt das Beeinflussbarkeit der Einnahmen und Ausgaben, Entscheidungs- und Gestaltungsverantwortung für den überwiegenden Teil der Ausgaben in der Verantwortung der Kassen und ihrer Selbstverwaltung sowie vergleichbare Rahmenbedingungen im Haushalts- und Bewirtschaftungsrecht voraus. Der Referentenentwurf geht jedoch den entgegengesetzten Weg, der das GKV-System bereits kurzfristig weiter destabilisieren und damit mittelfristig die Voraussetzungen für den Systemwechsel zu ausschließlich privat organisierter Risikoversorge schaffen wird. Die im Wettbewerb stehende Einzelkasse hat künftig nämlich weder Einfluss auf ihre Einnahmen (Ausnahme: Zusatzbeitrag), noch auf rund 90 v.H. ihrer Ausgaben.

Die Krankenkassen haben künftig institutionell keinen eigenen unmittelbaren Zugang mehr zu ihren Finanzierungsquellen und auch keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung ihrer Finanzierung. Dies ist ein ziemlich einmaliger Vorgang, weil keine Organisation ohne eigene – auch institutionell – nachhaltig gesicherte Finanzierungsgrundlage auf Dauer lebensfähig ist. Diese Entwicklung stellt zudem einen eindeutigen Zielkonflikt mit der politischen Zielsetzung der Herstellung eines „fairen

Wettbewerbs“ zwischen GKV und PKV dar. Während die PKV weiterhin ihre Einnahmeseite uneingeschränkt selbst gestaltet und im Übrigen auch über das Instrument der Mischkalkulation von Basis- und Zusatzleistungen verfügt, bleibt der GKV im Wettbewerb mit der PKV allein mit der Zusatzprämie ein sehr reduziertes Gestaltungsinstrument auf der Einnahmeseite. Vor allem kann sie keine Mischkalkulationen vornehmen. Diese Rahmenbedingungen stellen für die GKV im Verhältnis zur PKV ein massives Handicap dar, das einen „fairen Wettbewerb“ zwischen den Systemen weitgehend ausschließt.

Die Ausgabenmenge können die Krankenkassen nur marginal beeinflussen. Es ist unverändert richtig, dass der Arzt als einziger Unternehmer in Deutschland im Einzelfall gleichzeitig über Nachfrage und Angebot entscheidet. Es gibt im bestehenden System nur wenige Leistungen, über deren Erbringung die Krankenkasse im Einzelfall selbst entscheiden kann. Der Masse der Leistungen liegt eine ärztliche Verordnung zugrunde, auf die die Kasse faktisch keinen Einfluss hat. Auch auf die Höhe der Ausgaben haben die einzelnen Krankenkassen nach der künftigen Aufgabenstellung des neuen Spitzenverbandes und der Landesverbände faktisch keinen unmittelbaren Einfluss mehr, da ihnen die Entscheidung über die Leistungsinhalte (Kollektivverträge auf Landesebene) und deren Vergütung (bundeseinheitliche Honorierung) entzogen wird. Die Höhe der Ausgaben wird im Übrigen maßgeblich durch die Risikostruktur der Kassen geprägt. Bisher bestand für die einzelne Kasse ein mehr oder weniger kleiner Gestaltungsspielraum insoweit, als über den Mitgliederwettbewerb sowohl hinsichtlich der Grundlohnsomme (Werbung einkommensstarker Versicherter in gesichert erscheinenden Beschäftigungsverhältnissen), als auch der Ausgabenrisiken (Risikoauslese) gezielt Akquisition betrieben werden konnte. Diese am Beitragssatz orientierte, als wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Krankenkassen verstandene Möglichkeit entfällt künftig durch die Fondsfinanzierung auf der Basis eines staatlich definierten Einheitsbeitrags.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die einzelne Kasse heute und in Zukunft faktisch nicht über Gestaltungsspielräume und von ihr unmittelbar beeinflussbare Kostenvolumina verfügt, die beitragsatzrelevant sind. Selbst wenn man in diesem Zusammenhang die Individualverträge (strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Integrationsverträge, Hausarztverträge usw.) mit einer hohen Relevanz versieht, dürfte es Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis diese bei den einzelnen Kassen eine Größenordnung mit Beitragssatz- und Wettbewerbsrelevanz erreicht haben.

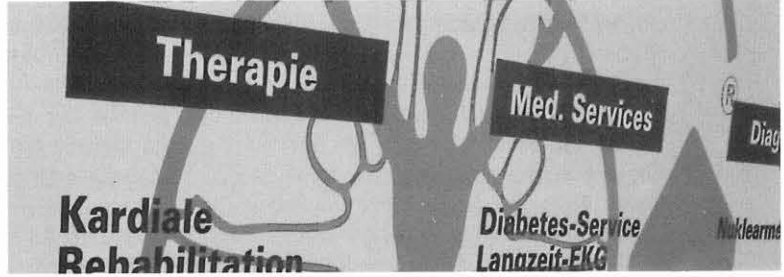
Auf diesem Hintergrund zeugt die – meist mit einem negativen Zungenschlag – versehene Betonung der „Managementqualitäten“ der Kassen als Ursache für künftige negative Beitrags-/Prämienentwicklungen sowohl in den Begleitmaterialien der Eckpunkte (z.B. BMG: Wesentliches im Überblick: „Diese Kasse arbeitet nicht so erfolgreich wie andere. Andere wiederum wären in der glänzenden Lage, ihren Mitgliedern sogar Beiträge zurückzuerstatten. Gute Arbeit zahlt sich für die Mitglieder der Kassen aus“), wie auch den öffentlichen Stellungnahmen der Politik von einer gefährlichen Realitätsferne. Ob eine Kasse Zusatzbeiträge benötigt, mit Basisfinanzierung und Zusatzbeiträgen die Gesamtausgaben finanzieren kann oder nicht, hängt künftig noch weniger als heute mit der Managementqualität der Kassen, sondern noch unmittelbarer mit der Risikostruktur der Kasse zusammen.

Das Fondsmodell soll das Management der Kassen zwingen, alle Wirtschaftlichkeitsreserven zu nutzen, wenn sie ihre Versicherten nicht verlieren wollen. Nach de Maizière „verschwindet dann auch mal eine Krankenkasse vom Markt ... es gibt doch Lösungen in einer Marktwirtschaft“. Eben, sie wird durch die neu eingeführte Insolvenzfähigkeit insolvent. Im Zweifel haften dann alle Mitglieder für den von der Politik durch ihre Gesetzgebung bei der Kasse verursachten Schuldenberg. Es ist schon bemerkenswert, wie die Politik bereits vor der Reform die Kassenmanager für die – offensichtlich auch von ihr abzusehenden – negativen Folgen ihrer Reform verantwortlich zu machen

sucht. Wie jemand für etwas die Verantwortung tragen können soll, auf das er – abgesehen von wenigen Ausnahmen – so gut wie keinen Einfluss hat, wird sich selbst dem wohlmeinenden Betrachter nicht erschließen.

– übersehen, dass nach § 11 Abs. 2 SGB V auf Reha-Leistungen ein Rechtsanspruch besteht, der nicht ohne weiteres gekürzt werden kann. Die Selbstverwaltung, die sich bisher mit allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Kassen und ihre Mitglieder zu befassen hat, verliert faktisch alle Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Leistungsinhalte, die weitgehend bei den neuen Spit-

Fotos: Christian Kiel



□ **Selbstverwaltung verliert an Bedeutung**

Die Verantwortung für die Beitragsatzentwicklung tragen künftig nicht mehr die durch die Sozialwahlen dazu legitimierten Selbstverwalter, sondern die Bundesregierung. Diese lässt in Ihren Bekundungen keinen Zweifel daran, dass sie die Beiträge auf absehbare Zeit nicht anheben will. Abgesehen von der damit drohenden permanenten Unterfinanzierung der GKV hat dies unzweifelhaft auch zur Folge, dass die Kassen Ermessensleistungen wie z.B. Vorsorgeleistungen, die als Satzungsleistungen bezeichnet werden, nur noch selektiv oder gar nicht mehr erbringen werden, um neben den Beiträgen keine Zusatzbeiträge erheben zu müssen. Dem Verfasser liegt die Kopie des Schreibens einer großen Ersatzkasse an einen Leistungserbringerverband vor, in dem es wörtlich heißt: „droht die Gefahr, dass durch die Einführung des Fonds eine Unterfinanzierung der GKV entsteht mit der Folge, dass die Kassen zur Vermeidung der Einführung eines Zusatzbeitrages zu Leistungskürzungen greifen (z.B. Reha-Leistungen). Die Kasse hat dabei allerdings – ebenso wie die Bundesregierung in den Eckpunkten

zenverbänden auf Bundesebene sowie den Landesverbänden der Krankenkassen angesiedelt werden. Die Einzelkasse degeneriert damit weitgehend zum Verwalter von Leistungsverfahren.

Zugleich nimmt der Einfluss der Selbstverwaltung auch auf Bundesebene ab. Mit Ausnahme des Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern stehen die übrigen Mitglieder des Gemeinsamen Bundesausschusses künftig hauptamtlich in den Diensten des Gemeinsamen Bundesausschusses. Damit sind sie in ihrem Handeln weisungsunabhängig. Es handelt sich offensichtlich um eine Art von den Kassen vorgeschlagene, unabhängige „Staatskommissare“, die von der Selbstverwaltung weder kontrolliert noch beeinflusst werden können. In diesem Zusammenhang künftig noch von Beschlüssen der „Gemeinsamen Selbstverwaltung“ zu reden, ist abwegig.



Man fragt sich, was eigentlich außer der Organisation und Aufsicht über die Leistungsverwaltung der einzelnen Kassen noch Aufgabe der in Sozialwahlen gewählten Selbstverwaltung bleibt. Alles deutet darauf hin, dass die gewählte Selbstverwaltung nicht mehr als tragendes Element des deutschen Sozialversicherungssystems gesehen wird. Mit Blick darauf, dass die Selbstverwaltung kaum eine geeignete Organisationsform für privatisierte Krankenkassen darstellt, ist die Deregulierung der Selbstverwaltung schlüssig, wenn man mittelfristig die Privatisierung anstrebt. In dieses Konzept passen als weitere Mosaiksteine die vorgesehene Insolvenzfähigkeit und die Wiedereinführung der Prüfungen durch den Bundesrechnungshof. Letztere ist nämlich weder rechtlich noch inhaltlich zu begründen, weil die Prüfaufträge des Bundesversicherungsamtes (BVA) und des Bundesrechnungshofes weitgehend übereinstimmen und der – gemessen am gesamten Ausgabevolumen – auch dauerhaft eher gering bleibende Anteil der Steuerfinanzierung mit Blick auf den Prüfauftrag des BVA eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof nicht zwingend erfordert.

□ Ausblick

Als Folge des GKV-WSG wird sich in der GKV eine Finanzierungs- und Leistungsstruktur, entwickeln, die dem System der PKV mit Basis- und Zusatzversicherungen entspricht. Bezieht man in diese Betrachtung das Faktum ein, dass die PKV künftig einen Basistarif anzubieten hat, dessen Leistungsumfang dem der GKV-Leistungen entspricht, erschließt sich das Interesse der PKV, zur Entwicklung von Zusatzversicherungspotentialen politisch Einfluss auf die Ausgestaltung des Leistungskatalogs der GKV im Sinne einer systematischen Reduzierung der Basisleistungen zu nehmen. Die Erfolgsaussichten dazu sind nicht gerade gering, da die Inhalte des Basistarifs durch einfache Rechtsverordnung gestaltet werden können.

Für die Zielsetzung, das Solidarsystem auf eine Basissicherung zurückzufahren und durch weitgehende Eigenvorsorge abzulösen ist es konsequent, die Gesundheitsreform 2006 zu nutzen, die bestehenden Strukturen der GKV weitgehend zu deregulieren – mindestens aber zu destabilisieren –, um der Bevölkerung in einer künftigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages den dann „unumgänglichen“ vollständigen Systemwechsel vom öffentlich-rechtlich organisierten Solidarsystem zur Privatversicherung besser vermitteln und diesen Wechsel – vergleichbar der Entwicklung in den Niederlanden – auch rechtlich vollziehen zu können. Der Referentenentwurf dokumentiert insoweit die „Geländegewinne“, die die Koalitionsparteien im Sinne ihrer jeweiligen politischen Zielvorstellung erreichen oder nicht erreichen konnten. Während die CDU/CSU mit den Elementen zur Deregulierung und Destabilisierung (u.a. Markt- und Wettbewerbsorientierung, Abbau von Selbstverwaltung) erhebliche systemverändernde Entwicklungen einleiten konnte, ist es der SPD mit Blick darauf nicht einmal gelungen, „alles offen zu halten“, wie Ulla Schmidt im Gespräch mit den Krankenkassen am 2.8.06 ihre Zielsetzung bekundete.

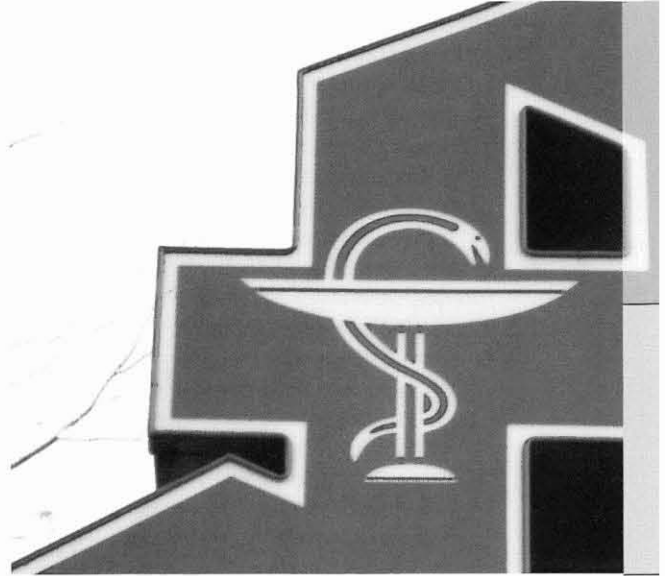
Dabei ist es kaum bemerkenswert, dass CDU/CSU dafür sogar Elemente der Zentralisierung von Verantwortung und Entscheidung sowie Organisationsstrukturen in Kauf nehmen, die nicht nur wettbewerbsfeindlich sind, sondern sogar staatsmonopolistische Züge tragen. Können sie dies doch dem Koalitionspartner SPD anlasten und damit gleichzeitig strategisch die Notwendigkeit weiterer Deregulierungsschritte in der Zukunft begründen. ■

↳ Harry Fuchs, lebt und arbeitet als Sozialexperte und Berater in Düsseldorf.

Gesundheitswirtschaft – ökonomischer und politischer Impulsgeber

von Uwe Kremer

Foto: Christian Kiel



» Unter dem Begriff der „Medizinwirtschaft“ bzw. Gesundheitswirtschaft werden hier alle Wirtschaftszweige und -einheiten gefasst, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen unmittelbar und mittelbar der Vorbeugung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten bzw. der Verbesserung des gesundheitlichen Zustandes der Menschen dienen. Einen Eindruck vom Marktvolumen geben die Gesundheitsausgaben, die in Deutschland mit ca. 240 Mrd. Euro etwa 11% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Mindestens 10% der in Deutschland Beschäftigten können der Medizinwirtschaft zugerechnet werden.

Sie umfasst:

□ die ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung:

Hierbei handelt es sich um den Kernbereich der Medizinwirtschaft mit den Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, den freien Arztpraxen, den Praxen nichtärztlicher medizinischer Berufe, Apotheken sowie den stationären, teilstationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Auch die Versicherungen, Verbände und sonstigen Institutionen des Gesundheitswesens sind hinzu zu zählen. Übergänge und Schnittmen-

gen gibt es insbesondere zur „Sozialwirtschaft“, d.h. zu verwandten sozialen Dienstleistungen von Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Trägern und privaten Anbietern. Am ausgeprägtesten ist dies in der Altenpflege. Aber dies gilt etwa auch für Rettungsdienste u. ä. Insgesamt gingen in diesem Kernbereich im Jahre ca. 3,9 Mio. Menschen einer Erwerbstätigkeit nach.

□ die Vorleistungs- und Zulieferbranchen:

Hierzu zählen Pharmazeutische Industrie, Medizintechnik und Bio- und Gentechnologie, aber auch das Gesundheitshandwerk sowie der Handel mit medizinischen Produkten. Ca. 530.000 Menschen waren 2003 in diesen Sektoren beschäftigt – mit steigender Tendenz insbesondere in der stark international ausgerichteten Medizintechnik. Bedeutende Teile anderer Wirtschaftsbereiche sind ebenfalls als Ausrüster und Dienstleister von Kliniken und Praxen tätig, was für die Logistik, die Bau- und Immobilienbranche, Beratungs- und Finanzdienstleistungen, die Informations- und Kommunikationstechnik, verschiedene Handwerkszweige u. a. zutrifft. Die Beschäftigtenzahlen sind nicht genau zu ermitteln. Aber es dürfte sich auch um mehrere Hunderttausend Erwerbstätige handeln.



□ **die Nachbarbranchen und Randbereiche:**

Hierbei handelt es sich um verwandte Bereiche, die die Angebote der Gesundheitsversorgung im engeren Sinne ergänzen. Die Übergänge zwischen medizinisch-heilenden Aspekten und anderen physischen und psychischen Aspekten des Wohlbefindens („Lifestyle“) sind fließend. Zu denken ist insbesondere an gesundheitsbezogene Sport-, Freizeit- und Bildungsangebote und damit auch an den Wellness- und Fitness-Sektor sowie den Gesundheitstourismus. Aber auch Angebote für gesundheitsbewusste Ernährung und gesundes Wohnen können noch im weiteren Sinne dazu gezählt werden. Mindestens 130.000 Beschäftigte können diesem Spektrum zugerechnet werden, soweit es um Sport-, Freizeit- und Wellness-Angebote geht, tatsächlich dürfte dieser Übergangsbereich zu anderen Dienstleistungszweigen weit mehr Personen umfassen.

□ **Gesundheitswirtschaft als ökonomischer Impulsgeber**

» Schon ein Rückblick auf die statistisch feststellbare Entwicklung der vergangenen Jahre wie auch ein Blick auf die Prognosen belegt, dass es sich beim Gesundheitsmarkt und der Medizinwirtschaft um wachsende Felder handelt. Allerdings liegen dem unterschiedliche und teilweise auch gegenläufige Trends zu Grunde.

a) Die medizinisch-technologische Dynamik

Manche sprechen auch von einer zweiten medizinisch-technologischen Revolution (nach den Durchbrüchen Mitte des vergangenen Jahrhunderts, für die insbesondere Antibiotika und die Elektromedizin beispielhaft stehen). Wie auch immer, es gibt mindestens vier Trends, die vor allem in ihrer Verknüpfung den Aufbruch in ein neues Zeitalter medizinischer Vorbeugung, Erkenntnis und Versorgung markieren:

□ **Molekularbiologie:** Der Vorstoß der biochemischen und biomedizinischen Forschung auf die molekulare Ebene und die damit verbundenen biotechnologischen Verfahren (von der Analytik bis zur Wirkstoffherstellung, von der Diagnose bis zur Therapie);

□ **Bildgebung:** Die dramatische Ausweitung des Spektrums bildgebender Verfahren sowohl in der angesprochenen biochemischen und biomedizinischen Forschung wie auch in der medizinischen Diagnose und teilweise sogar in der Therapie;

□ **Mikrotechnologie:** Die Miniaturisierung von medizinisch-technologischen Verfahren, in der Reaktionstechnik und Analytik, bei medizinischen Instrumenten und Werkstoffen, in der (minimalinvasiven) Diagnose und Therapie;

□ **Medizinische Informatik:** Die Durchdringung und Vernetzung von Gesundheitsforschung und -versorgung durch Informations- und Kommunikationstechnologien (von der Bioinformatik bis zur Gesundheitstelematik);

Grundlegend ist hierbei immer, dass es sich nicht einfach um technologischen Fortschritt im engeren natur- und ingenieurwissenschaftlichen Sinne handelt. Vielmehr geht dies alles einher mit ganz neuen Verständnissen von Krankheiten, ihrer Diagnose und Therapie wie auch mit Blick auf Prävention und Rehabilitation hervortreten. Und dies betrifft dann die gesamte Medizinwirtschaft.

b) Demographische und biographische Umbrüche

Die Verknüpfung mit den verschiedenen sozialen Faktoren ist von großer, auch wirtschaftlicher Bedeutung. Zu diesen Faktoren zählen die demographischen Veränderungen, insbesondere die ständig ansteigende Lebenserwartung und „Alterung der Gesellschaft“. Die damit verbundene Herausforderung für Gesundheitspolitik und Medizinwirtschaft ist eine doppelte. Zum einen geht es um die wachsende Morbidität und den damit verbundenen Einsatz für Pflege, Medikamente usw. Aber

auf der anderen Seite werden auch und gerade von älteren Menschen erhöhte Anforderungen in Bezug auf gesunde Lebensweise, Sport, Wellness usw. gestellt, was auch mit einer bedeutenden Marktnachfrage verbunden ist.

» Aber in dieser Hinsicht geht es nicht nur um demographische Verschiebungen, sondern auch um biographische Aspekte: Der Umgang mit gesundheitlichen – körperlichen wie mentalen – Fragen hat in der Lebensgestaltung der Menschen einen anderen und umfassenderen Stellenwert genommen. Dies wird sich in einer wachsenden privaten Nachfrage nach gesundheitsbezogenen Dienstleistungen ausdrücken. Dabei spielt die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der „medizinisch-technologischen Revolution“ eine bedeutsame Rolle. Die Übersetzung ihrer Erkenntnisse in marktgängige Dienstleistungen ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Dynamik. Allerdings muss man auch sehen, dass diese Tendenz erstens schichtenspezifisch sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und zweitens mit den Schattenseiten des modernen Daseins einhergeht, insbesondere der wachsenden Bedeutung bzw. Evidenz psychosomatischer Erkrankungen und psychosozialer Störungen. Dies zeigt, welche Bedeutung der Epidemiologie, also der Lehre von der Häufigkeit und Verteilung von Krankheiten und deren Ursachen, auch in Zukunft in unseren Breitengraden zukommen wird (Herausforderungen für Gesundheitswesen und -wirtschaft in weniger entwickelten Weltgegenden sind hier ja sowieso weitgehend ausgeblendet, wiewohl durchaus auch für hiesige Anbieter ein Feld für Dienstleistungen und Innovationen).

c) Umstrukturierungen in der Gesundheitswirtschaft

Pauschal könnte man sagen, dass die Vielschichtigkeit und Komplexität des Gesundheitswesens deutlich zunimmt. Welche Ressourcen zur Befriedigung welcher Nachfrage und zu welchen Kosten an welcher Stelle gebunden werden: Dies war in der klassischen Struktur des Gesundheitswesens recht eindeutig geregelt. Diese Struktur steht aber auf dem Prüfstand. Und einige Trends sind klar

feststellbar – unabhängig von der Frage, in welcher Art und Weise sie gesellschafts- und gesundheitspolitisch (im Spannungsverhältnis von Markt und Staat, Gemeinnützigkeit und Wirtschaftlichkeit) bearbeitet werden.

» Hierzu zählen die Umstrukturierungen im Kernsektor des Gesundheitswesens, insbesondere in Bezug auf die Strukturierung des Leistungsangebotes (s. DRGs, Disease Management, integrierte Versorgung usw.) und ihre Abrechnung. Dies führt auch zu weiteren medizinisch wie betriebswirtschaftlich begründeten Neuerungen, wie etwa im Bereich der Praxisgemeinschaften und Medizinischen Versorgungszentren bis hin zu Klinikkooperationen und -allianzen. Dabei schrumpft der klinisch-stationäre Kernsektor. Eine Frage ist dabei, inwieweit neue leistungs- und wieder expansionsfähige Strukturen entstehen. Die andere Frage ist, inwieweit diese Schrumpfung überkompensiert wird durch das Wachstum der Vorleistungs- und Zulieferbranchen. Außerdem kann konstatiert werden, dass die private Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen und -produkten im Verhältnis zur öffentlich regulierten Nachfrage weiter zunehmen wird. Dies gilt nicht nur im weit ausufernden Feld von Wellness, Fitness und Lifestyle, sondern insbesondere auch für die so genannten IGeL – also den „individuellen Gesundheitsleistungen“, die auch und gerade in Verbindung mit den klassischen Kernbereichen der Gesundheitsversorgung erbracht werden.

Wie sich die Proportionen in Zukunft verteilen werden und inwieweit dabei das Optimale für die Kunden und Patienten wie auch für das Wachstum der Medizinwirtschaft herauskommt, ist schwer zu beantworten. Sicher ist, dass Bewegung in die Medizinwirtschaft gekommen ist und dass diese Bewegung lange andauern wird.

☞ Dr. Uwe Kremer, spw-Mitherausgeber, ist Geschäftsführer des Life Technologies Ruhr e.V. und lebt in Bochum.

□ Gesundheitswirtschaft als politischer Impulsgeber

» Wie werden Gesundheitswirtschaft und Lebenswissenschaften nun politisch-programmatisch behandelt? Hierzu habe ich einen Blick auf die „Leitsätze“ für die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD geworfen. Aus Sicht eines Industrie- und Strukturpolitikers, der seinen Schwerpunkt in der Gesundheitswirtschaft und den Lebenswissenschaften gefunden hat, fällt dabei auf, dass dieser Bereich nur an zwei Stellen und dann auch noch in problematischer Weise behandelt wird. Zum einen im rein sozialpolitischen Kontext des „vorsorgenden Sozialstaates“, zum anderen unter der Rubrik „Nachhaltiger Fortschritt“ – beschränkt auf die Dynamik in der Bio- und Gentechnologie und sofort versehen mit bioethischen Grenzziehungen und Verboten. Dies greift nicht nur aus einer fachspezifischen Sicht zu kurz. „Nachhaltiger Fortschritt“ muss die Wachstumskonstellationen des 21. Jahrhunderts ins Blickfeld nehmen. Der gegenwärtige große wirtschaftliche Zyklus ist noch geprägt von den informations- und kommunikationstechnologischen Innovationen. Doch für die Nachfolge – durchaus in Verbindung mit den Informations- und Kommunikationstechnologien – stehen zwei Kandidaten bzw. Themenfelder bereit. Zum einen die Nutzung der natürlichen Ressourcen, insbesondere in energetischer Hinsicht. Hier sind die Leitsätze offensiv und klar: Die SPD steht für „den Aufbruch ins solare Zeitalter“ (s. auch Siegmars Gabriels Memorandum zur ökologischen Industriepolitik). Wirtschaftlich verknüpfen sich hier exportfähige wissens- und technologiebasierte Güter mit dezentralen Beschäftigungsperspektiven für das Handwerk und andere ortsgebundene Dienstleister, ein Zusammenhang der von übergreifender Bedeutung ist (s. u.).

Eine vergleichbares Herangehen an die andere Thematik, das sind Lebenswissenschaften, Human-technologien und Gesundheitsdienstleistungen, ist nicht erkennbar. Als Faktor für „nachhaltigen Fortschritt“ bleibt der Gesundheitsbereich völlig unterbelichtet. Dabei wäre ein Paradigmenwechsel

dringend erforderlich, indem das Gesundheitsthema nicht mehr vorrangig unter Kostengesichtspunkten, sondern als Faktor für Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung behandelt wird. Die Sozialdemokratie könnte am Beispiel der Gesundheitswirtschaft deutlich machen, dass sie nicht nur Protagonistin eines vorsorgenden Sozialstaates sein will, sondern im selben Moment Promotorin einer neuen Wachstumskonstellation.

» Der Umbau im Gesundheitswesen ist gerade unter diesen Gesichtspunkten zu betreiben und er wird mehr und nicht etwa weniger finanzielle Ressourcen benötigen. Die solidarische Beschäftigung mit der „Gesundheit“ darf sich nicht auf den Sozialversicherungsaspekt beschränken, sondern muss über die Investitionen in die großen Technologieschwerpunkte und Infrastrukturen wie auch über die Förderung dezentraler Dienstleistungs- und Patientennetzwerke eine wachstums- und strukturpolitische Dimension erlangen (wie sich dies in der energiewirtschaftlichen Programmatik schon abzeichnet). Ganz im Sinne einer anderen Formulierung in den „Leitsätzen“: „Der Staat kann durch eigene Nachfrage oder intelligente Regulierungen als Pionier agieren und den Märkten von morgen wichtige Anstöße geben.“ Zudem besteht die übergreifende Bedeutung der Lebenswissenschaften und der Gesundheitswirtschaft im 21. Jahrhundert darin, dass das „Leben“ und die „Gesundheit“, d.h. Körper, Geist und Seele in einem bislang nicht gekannten Maß zum Gegenstand von Wissenschaft und Wirtschaft werden. Es stellen sich Herausforderungen an das Menschenbild, an den gesamten sozialdemokratischen Wertekanon, an die wissenschafts- und wirtschaftspolitische Regulierung. Diese Herausforderungen werden anscheinend noch unterschätzt – nicht nur bezüglich der Risiken, sondern vor allem bezüglich der faszinierenden Chancen der medizinisch-technischen Revolution im Kampf gegen die großen wie auch die seltenen Krankheiten, aber auch bezüglich der Selbstbestimmung und Gestaltung der eigenen Biographie und ihrer Lebensabschnitte.

Dabei möge man mein Plädoyer für die Chancen der medizinisch-technischen Revolution und einen starken technologiebasierten Exportsektor nicht als Einseitigkeit missverstehen. Gerade am Beispiel der Gesundheitswirtschaft lässt sich ein genereller Dualismus verdeutlichen, der die hoch entwickelten Volkswirtschaften immer mehr prägt und eine Regulierung sozialdemokratischen Typs erfordert: Auf der einen Seite steht ein internationalisierter, hochproduktiver Exportsektor, auf der anderen Seite befinden sich personenbezogene und lokal zu erbringende Dienstleistungen und Gewerke, die zugleich personalintensiv und im Vergleich zu industriell gefertigten Gütereinheiten auch relativ teuer sind – erst recht bei auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen. Beschäftigungsperspektiven bestehen vor allem in diesem binnenorientierten Dienstleistungssektor – aber wiederum nur auf der Basis eines hochproduktiven industriellen Sektors und eines Transfers der Produktivitätsgewinne und Exportüberschüsse in die binnenorientierte Dienstleistungswirtschaft.

Beide Seiten gehören zusammen: Wir brauchen einen derartigen Exportsektor, um auf der anderen Seite derartige Dienstleistungen zu auskömmlichen Bedingungen finanzieren zu können. Aber dieser Transfer funktioniert in Deutschland – anders als etwa in Schweden, wo High-Tech-Exportorientierung und binnenorientierte Dienstleistungen sozialstaatlich vermittelt werden – offenkundig nur schlecht. Während die Exportindustrie seit vielen Jahren von einem Rekord zum nächsten jagt, dümpelt der Binnenmarkt mit seinen regionalen Dienstleistungsmärkten vor sich hin, wenn sich letztere nicht sogar hinsichtlich der Beschäftigungsstrukturen und -bedingungen in Auflösung befinden (man denke etwa an den Weiterbildungs- und andere soziale Dienstleistungssektoren). Die Verschränkung zwischen der technologiebasierten Exportwirtschaft und der binnenorientierten Dienstleistungsökonomie ist m. E. die wichtigste wirtschaftsregulierende Aufgabe des Staates. Die Gesundheitswirtschaft wäre dafür – mindestens wie die Energie- und Umweltwirtschaft – ein hervorragendes Exerzierfeld. ■



Es geht um alles!

Wir brauchen 500 neue Abos.

Wer hat uns verraten? Das und vieles mehr erfahren Sie Woche für Woche in der Jungle World.

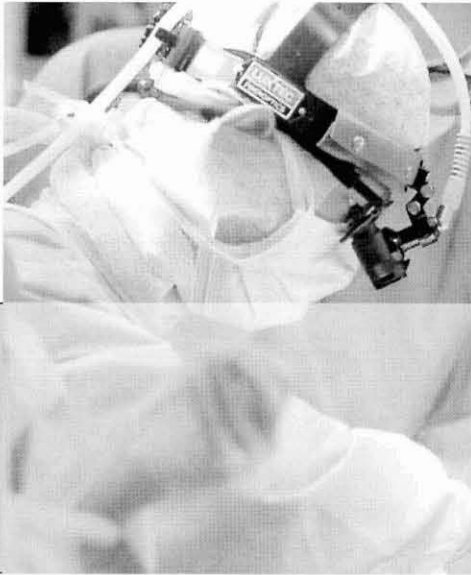
Die unabhängige Wochenzeitung: links, radikal und glamourös. Kosmopolitisch, keinem Trend verpflichtet, analytisch und lebensweltlich, entschieden in der Meinung und dabei immer hedonistisch..

Abonnieren Sie jetzt auf
jungle-world.com



Jungle World

Foto: Christian Kiel



Für eine solidarische Gesundheitsreform

Eine Zwischenbewertung aus Sicht
der Parlamentarischen Linken
in der SPD-Bundestagsfraktion vom
19.10.2006



□ Was zu begrüßen ist!

In der aktuellen Diskussion um die Gesundheitsreform ist die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion immer für eine nachhaltige und gerechte Reform des Gesundheitswesens eingetreten. Im Interesse einer solidarischen und nachhaltigen Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind folgende Strukturelemente der geplanten Gesundheitsreform zu begrüßen:

- Der Erhalt und weitere Ausbau des Leistungskataloges der GKV;
- die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Arzneimittelmarkt durch verstärkte Kosten-Nutzen-Analysen und die Möglichkeit der Ausschreibung bei Hilfsmitteln;
- der Ausbau der Prävention und der integrierten Versorgung;
- die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung;
- die leistungsgerechte Honorierung für Ärzte, die das intransparente Punktesystem ablösen soll.

» Diese qualitativen Elemente der Gesundheitsreform weisen ohne Zweifel in die richtige Richtung. Diese Elemente der Reform zeigen zugleich auf, was insbesondere für die Versicherten auch im Rahmen des jetzigen Systems an bedeutenden Verbesserungen möglich ist, ohne dass es zu grundsätzlichen Systemumstellungen kommen muss.

Positiv ist weiterhin, dass alle Personen ohne Absicherung im Krankheitsfall eine Rückkehrmöglichkeit in ihre jeweils letzte Krankenversicherung erhalten sollen. Die PKV wird hierfür einen dem Leistungskatalog der GKV entsprechenden Basisstarif zu bezahlbaren Prämien anzubieten haben, bei denen es allerdings keine Diskriminierungen z. B. nach Geschlecht und Alter geben darf.

» Klargestellt werden muss auch, dass es sich nicht nur um das Recht auf eine Krankenversicherung, sondern um eine Versicherungspflicht handelt. Weiterhin ist zu definieren, von wem die Prämienzahlungen im Falle von Bedürftigkeit der zu Versichernden erfolgen.

Positiv können auch vergrößerte Wahlmöglichkeiten der Versicherten innerhalb der GKV gesehen werden. Kritisiert wird jedoch die Aufweichung des Sachleistungsprinzips der GKV dadurch, dass Versicherte jederzeit auch im Einzelfall die Kostenersatzung wählen können. Es besteht die große Gefahr, dass Patienten von Leistungserbringern in die Kostenerstattung gedrängt werden. Patienten bleiben dabei auf Kosten sitzen, weil die an ihnen erbrachten Leistungen über das medizinisch notwendige hinausgehen, das die Krankenkassen erbringen. Unverzichtbar ist, dass die Verpflichtung der Krankenkassen zur Beratung über die Konsequenzen des Kostenerstattungsprinzips gegenüber ihren Versicherten erhalten bleibt. Nach dem gegenwärtigen Stand ist die bisherige Beratungspflicht nämlich ausdrücklich aufgehoben.

□ Was widersprüchlich und kontraproduktiv bleibt!

» Unabhängig von diesen positiven Reformschritten hat sich bei den Verhandlungen gezeigt, wie wenig das sozialdemokratische Konzept von Bürgerversicherung und Solidarität und das Konzept von CDU/CSU von Kopfpauschale und Privatisierung vereinbar sind.

Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion erwartet, dass auch gegenüber der Bevölkerung und allen Beteiligten am Gesundheitswesen deutlich gemacht wird, was zwischen SPD und CDU und CSU in der Großen Koalition streitig ist und nicht zu einem positiven Ergebnis geführt werden konnte. Insbesondere hinsichtlich der Finanzierung der GKV gab und gibt es zwischen den Vertragspartnern der Koalitionsparteien erhebliche Differenzen. Eine zweite steuerfinanzierte Einnahmesäule konnte nur in unzureichendem Umfang erreicht werden. Die vorgesehenen 3 Mrd. Euro für 2009 fallen sogar hinter die derzeitige Steuerfinanzierung in Höhe von 4,2 Mrd. Euro zurück. Belastbare Aussagen und Verhandlungsergebnisse über die Finanzierung der Mittel bis zum Jahr 2009 und darüber hinaus, den angestrebten Umfang der Steuerfinanzierung aus mittel- und

langfristiger Sicht und die konzeptionelle Verwendung dieser Steuerfinanzierung konnten von den Vertragspartnern noch nicht vorgelegt werden.

» Auch in anderen zentralen Punkten ist die vorliegende Vereinbarung hinter den zwingenden Erfordernissen der Zukunft zurück geblieben. Das Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigung für die Sicherstellung der Versorgung im ambulanten Bereich bleibt bestehen. Eine aus Gründen der Gerechtigkeit und der finanziellen Stabilität gebotene finanzielle Einbeziehung der PKV in das Gesamtsystem der Krankenversicherung konnte nicht durchgesetzt werden. Die Privaten sollen nach wie vor nicht in das Solidaritätsprinzip der Krankenversicherung einbezogen werden.

Foto: Christian Kiel



□ Was am Gesundheitsfonds problematisch ist!

» Als besonders problematisch sehen wir schließlich die Einführung des Gesundheitsfonds mit dem zweigeteilten Versicherungsbeitrag an, der von konservativer Seite praktisch zum Schlüsselprojekt dieser Reform erhoben wurde. Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu schon im April 2006, als dieser Fonds erstmals durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Kauder in die Debatte gebracht wurde, sehr kritisch Stellung bezogen. Diese Kritik sehen wir sowohl vom Grundsatz wie von wesentlichen Details, wie sie jetzt vereinbart wurden, noch nicht ausgeräumt, sondern im Gegenteil bestätigt und mit zusätzlichen offenen Fragen belastet.

» Statt dessen steht die Einführung eines Gesundheitsfonds im Zentrum. Mit ihm sollen vor allem zwei Ziele erreicht werden: Eine wirtschaftliche Verwendung des Beitrags aus Steuermitteln und ein vereinfachter und verbesserter Risikostrukturausgleich. Beide Ziele sind berechtigt, können aber unbürokratisch und schnell auch ohne Fonds erreicht werden. Wir weisen darauf hin: Die Einführung eines morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs zwischen den Kassen ist bereits im Deutschen Bundestag beschlossen worden und könnte auch ohne die neue Konzeption des Gesundheitsfonds umgehend eingeführt werden.

Um so wichtiger ist es, das Konstrukt des Fonds unter zwei Gesichtspunkten kritisch zu hinterfragen und zu analysieren.

Zum einen muss es dabei um den Anspruch der größeren Effizienz und Transparenz, der Entbürokratisierung und der Praktikabilität gehen. Nach dem jetzigen Erkenntnisstand haben wir große Zweifel daran, dass diese Ansprüche durch die vorgeschlagene Konstruktion tatsächlich eingelöst werden können.

- Es steht vielmehr zu befürchten, dass es hier umfangreiche Doppelverfahren und Zusatzverwaltungen gibt, z.B. beim Einzug des Zusatzbeitrags.
- Allein die Einrichtung und die Pflege des Fonds belastet finanziell zusätzlich die Krankenversicherung und ein wichtiger Teil der Selbstverwaltung in den Krankenversicherungen wird entscheidend geschwächt.
- Auf der anderen Seite führt der Verlust der Beitragssatzhoheit der Krankenkassen zu einer paradoxen Situation, denn das BMG, das den Beitragssatz künftig festsetzen soll, hat selbst keinen Einfluss auf Menge und Art der Leistungen. Zudem ist nicht geklärt, wie die Entschuldung der Krankenkassen bewerkstelligt werden soll.

» Der zweite zentrale Gesichtspunkt richtet sich auf die Frage der Gerechtigkeit und der nachhaltigen Sicherung von Solidarität in der Krankenversicherung als zentralem Teil des sozialen Modells Deutschland. Das vorgeschlagene Modell sieht vor, dass Krankenkassen, die mit den Fondsmitteln nicht auskommen, pauschale oder einkommensbezogene Zusatzbeträge von den Versicherten erheben sollen. Auch wenn die Zusatzprämie an eine Härtegrenze von einem Prozent des jeweiligen Haushaltseinkommens gebunden sein wird, belasten diese Zusatzbeiträge in Zukunft einseitig die Versicherten mit ihrem Einkommen, während die Arbeitgeber mit ihrem Anteil bei diesem Zusatzbeitrag freigestellt sind. Die Parität wird damit weiter ausgehöhlt. Das Gewicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegenüber der Seite der Kostenträger wird weiter geschwächt; die Arbeitgeber sind tendenziell aus ihrem Interesse an Prävention, exzellenter Behandlung und Effizienz weiter entlassen.

Der Zusatzbeitrag drängt den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen damit weg von einem Wettbewerb um die bessere Qualität hin zu einem Wettbewerb um einkommensstarke Mitglieder bzw. zwingt die Kassen in eine Verschlechterung ihrer Leistungen. Eine Krankenkasse mit vielen geringverdienenden Mitgliedern kann ihren Haushalt durch den Zusatzbeitrag nicht sanieren. Da die Zusatzbeiträge nicht in den Finanzausgleich der Kassen einbezogen sind, ist für die Krankenkassen entscheidend, ob sie in Zukunft die Zahl ihrer einkommensstarken Mitglieder erhöhen kann. Damit wird aber eine Orientierung entscheidend verstärkt, die nicht die Qualität der Versorgung, sondern die Bonität der Mitglieder ins Zentrum rückt.

» Wenn der Fonds einmal installiert ist, wird nach dem vorgelegten Modell auch der geteilte Beitrag irreversibel und schwebt die unbegrenzte zusätzliche Kopfpauschale oder der prozentuale Zusatzbeitrag ohne Sozialausgleich wie ein Damoklesschwert über dem solidarischen Gesundheitssystem. Die Konstruktion, dass

die Regierung über den Grundbeitrag in den Fonds für alle gesetzlich Versicherten zu entscheiden hat, trägt im übrigen die politische Logik in sich, dass eine Begrenzung des Zusatzbeitrags nicht lange halten wird und eine Erhöhung des Zusatzbeitrags in jedem Falle wahrscheinlicher ist als eine Erhöhung des Grundbeitrages. Je höher die Zusatzbeiträge in Zukunft allerdings steigen werden, um so attraktiver wird die private Krankenversicherung. Es steht deshalb zu befürchten, dass der Fonds an erster Stelle die PKV stärkt und die GKV schwächt.

□ Was uns wichtig ist!

Um so wichtiger ist aus Sicht der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion die Klärung und Sicherstellung einiger zentraler Punkte durch das Anhörungsverfahren, die weitere fachliche Beratung und die Anschlussverhandlungen und parlamentarischen Beratungen.

1.
Es muss ein umfassender und zielgenauer morbiditätsbezogener Risikostrukturausgleich eingeführt werden, der in der Lage ist, das Krankheitsgeschehen tatsächlich abzubilden. Es muss gewährleistet sein, dass grundsätzlich sowohl alle behandlungsbedürftigen chronischen Erkrankungen einbezogen werden, insbesondere auch die Kosten der Rehabilitation, aber auch teure akute Krankheiten mit schwerwiegendem Verlauf.

2.
Auf die Einführung des unsozialen Zusatzbeitrags in der verabredeten Form muss verzichtet werden. Gerade Geringverdiener, Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Heimbewohner oder Studenten werden durch die „8-Euro-Regel“ unverhältnismäßig stark belastet. Der Zusatzbeitrag darf auch bei geringen Einkommen 1 Prozent des Beitragseinkommens nicht überschreiten. Auch beim Zusatzbeitrag muss der Nachteil der grundlohnschwachen Kassen durch einen Ausgleich zwischen allen Kassen ergänzt werden.

3.
Die finanzielle Situation der GKV muss in jedem Fall verbindlich verbessert werden. Um dies zu gewährleisten, muss die Absenkung des Zuschusses aus Steuermitteln rückgängig gemacht werden. Ein weiterer Schritt kann sein, nicht eingeplante Steuermehreinnahmen für einen höheren Bundeszuschuss zu verwenden; nach 2009 muss die Stabilisierung der Finanzbasis dann durch zusätzliche Steuereinnahmen gefestigt werden.

» Gerade die Frage der Steuerfinanzierung, aber auch ungeklärte Annahmen und Projektionen an anderer Stelle wie auch die Verschiebung der Einführung des Gesundheitsfonds auf den 1. Januar 2009 nach den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Niedersachsen zeigen, wie groß die Unsicherheiten und Vorbehalte gegenüber diesem Konzept insgesamt sind. Wir sehen mit großer Sorge, unabhängig von den grundsätzlichen konzeptionellen Kritikpunkten an dem Fondsmodell, dass derartige massive Strukturveränderung ohne ausreichende Präzisierung und Transparenz der Eckdaten, ohne hinreichende Sicherheit und Effizienz der organisatorischen Abwicklung und ohne Verlässlichkeit der einzelnen Maßnahmen vorgenommen werden sollen. An einem Krankenversicherungssystem für 80 Mio. Versicherte darf aber nicht nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum herumoperiert werden. Wir regen deshalb mit großem Nachdruck an, eine endgültige Inkraftsetzung einer solchen großen Strukturreform durch den Fonds, die derzeit für den 1.11.2008 bzw. den 1.1.2009 vorgesehen ist, erst nach einer Überprüfung in Bezug auf das Eintreten und die Garantie bestimmter erwarteter Effekte der Eckpunkte des Fondsmodells endgültig vorzunehmen.

Hierzu sind als Kriterien, die zum August 2008 zu erfüllen sind, insbesondere zu nennen:

- 1) Ein plausibles Konzept für die stärkere Steuerfinanzierung der GKV.
- 2) Es muss gewährleistet sein, dass der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich voll funktioniert. Maßstab dafür ist der Vorschlag



der Gutachter des BMG. Es muss sichergestellt sein, dass das Umverteilungsergebnis zwischen Kassen mit vielen Gesunden und Kassen mit vielen Kranken nicht mehr als zehn Prozent vom Ergebnis des Gutachtens abweicht, weil sonst die Kassen mit vielen chronisch Kranken benachteiligt würden. Dass dies bei der Beibehaltung des Schwellenwerts von fünfzig Prozent möglich wäre, muss nachgewiesen werden.

- 3) Der Fonds muss den Beitragssatz der Krankenkassen zum Zeitpunkt der Einführung zu mindestens hundert Prozent abdecken.
- 4) Selbst dann, wenn Punkt 3 erfüllt ist, muss für zahlreiche Versicherte wahrscheinlich ein Zusatzbeitrag erhoben werden; durch einen solchen Zusatzbeitrag dürfen aber nicht mehr als zehn Prozent der Versicherten belastet werden.
- 5) Für Kassen mit niedrigem Grundlohn, die einen Zusatzbeitrag erheben müssen, muss durch den Fonds ein Ausgleich für ihre Grundlohnschwäche gesichert sein.

Erläuterung:

» Selbst wenn der Gesundheitsfonds den durchschnittlichen Beitragssatz der Krankenkassen zu 100 Prozent abdeckt, müssen bei Einführung des Fonds zahlreiche Versicherte einen Zusatzbeitrag (kleine Kopfprämie oder prozentual) bezahlen. Das liegt daran, dass der Fonds den Krankenkassen mit vielen jungen und gesunden Mitgliedern mehr Geld zuweist als diese überhaupt benötigen. Ein Teil dieser Mittel wird von den hier betroffenen Betriebskrankenkassen an die Versicherten wieder zurückerstattet. Im Gegenzug fehlen den AOKen, den Ersatzkrankenkassen mit vielen chronisch Kranken und einigen Betriebskrankenkassen Mittel, da sie mit den Zuweisungen aus dem Fonds alleine nicht auskommen werden. Somit müssen diese Kassen, obwohl der Fonds die Kosten der Krankenversicherung zu hundert Prozent abdeckt, bei seiner Einführung bereits Zusatzbeiträge erheben. ■

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisation befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.

* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen*.

Gutschein für eine starke Linke

20,-*

junge Welt

Im März von Die Tageszeitung

Gegründet 1947 · Donnerstag, 6. April 2006 · Nr. 82 · 1,10 Euro · PVSz A11002 · Entgelt bezahlt

Neue Linke
Oskar Lafontaine bei an Privatisierungen kung und fordert ein streik. Uwe Hilschl Linkspartei in Ber politischen Sackg

Erste Rückkehr
Nostalgiegrip nach Tschagos:Vertu Bewohner dürfen US-Milit Diego Garcia besuchen

Hohe Orden
Silver Star postum: In der US-Bot- schaft in Berlin wurden zwei deut- schen Soldaten geehrt

schwere Geburt
Die PKP gibt sich

Den Gutschein finden Sie im Internet unter www.jungewelt.de oder in einer aktuellen Ausgabe der Tageszeitung junge Welt am Kiosk. Oder fordern Sie ihn an: Tel. 030/53 63 55-80. Gerne auch unter aktionsbuero@jungewelt.de

Literaturschau | von Felix Welti



» Gesundheitspolitik hat unsere Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) immer wieder beschäftigt. Heute noch lesenswert sind die Schwerpunkte in spw 53 (1990) und spw 125 (2002), der Grundsatzartikel von Horst Peter, René Röspel und Rolf Rosenbrock in spw 117 (2001), die Kritik der Rürup-Vorschläge durch Rolf Schmucker in spw 131 (2003), sowie die Beiträge von Christoph Butterwegge, Jörg Deml und Thomas Spies zur Bürgerversicherung in spw 141 (Nachbestellungen beim Verlag).

2003 ist das Heft 132 „Gesundheit im Neoliberalismus“ der Prokla (Verlag Westfälisches Dampfboot) erschienen. Der Argument-Verlag bringt – zweimal (!) im Jahr – das „Jahrbuch für Kritische Medizin (JKM)“, jeweils zu einem Schwerpunktthema, so die letzten drei zu „Patientenbeteiligung im Gesundheitswesen“, „Disease-Management-Programme“ und „Demenz als Versorgungsproblem“. Das nächste JKM ist angekündigt mit dem Titel „Geld im Gesundheitswesen“.

» Lesenswerte Sammelbände unterschiedlicher Herausgeber zu verschiedenen Aspekten der Gesundheitspolitik bringt auch der VSA-Verlag in kurzen Abständen heraus, so 2004 von Ursula Engelen-Kefer, „Reformoption Bürgerversicherung“ und von Gine Elsner, Thomas Gerlinger und Klaus Stegmüller „Markt versus Solidarität – Gesundheitspolitik im deregulierten Kapitalismus“ sowie ganz neu von Frank Bsirske und Ellen Paschke „Innovationskraft Mensch – Wie Qualität in der Gesundheitswirtschaft entsteht“.

Die systematische Einführung zur Gesundheitspolitik von Rolf Rosenbrock und Thomas Gerlinger ist 2006 in 2. Aufl. (Verl. Hans Huber) erschienen, das Lehrbuch von Leonhard Hajen, Holger Paetow und Harald Schumacher zur Gesundheitsökonomie (Kohlhammer Verlag) in 3. Auflage. Hans Ulrich Deppes grundsätzliche Kritik „Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems“ ist 2005 in 3. Aufl. im VAS-Verlag erschienen. Eher reportagehaft, aber sehr lesenswert ist Oliver Tolmeins Buch „Keiner stirbt für sich allein – Sterbehilfe, Pflegenotstand und das Recht auf Selbstbestimmung“ (C. Bertelsmann, 2006).

» Viele Hintergrundinformationen bieten die Berichte des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, die als Bundestagsdrucksachen aus dem Internet heruntergeladen werden können (zuletzt: BT-Drucks. 5/5670, 15/530, 14/5660, 14/5661, 14/6871) sowie der Enquête-Kommissionen „Recht und Ethik der modernen Medizin“ (BT-Drucks. 14/9020) und „Ethik und Recht der modernen Medizin“ (BT-Drucks. 15/5980). Obwohl der Bericht der 15. WP nur eine vorzeitig abgebrochene Arbeit dokumentieren kann, regt er zu weiterer Diskussion an. Deutlich wird, dass eine Fortsetzung der Enquête sinnvoll gewesen wäre. Unter der großen Koalition wurde das unbequeme Gremium nicht fortgeführt.

Weder interessante Fachzeitschriften noch Internetseiten können hier vollständig aufgelistet werden. Exemplarisch genannt werden können „Gesundheit und Gesellschaft“ (AOK-Bundesverband) und die von Bernard Braun betreute Internetseite: „www.forum-gesundheitspolitik.de“. ■

☞ PD Dr. Felix Welti, Mitglied im spw-Arbeitsausschuss, lebt und arbeitet in Lübeck.

Kinderspiel Kapitalismus – „Zurückbleiben!“

von Alexandra Kramm

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wollen im nächsten Jahr die Preise erhöhen. Das ist keine besonders ungewöhnliche Nachricht. Dies tun sie regelmäßig, zuletzt im April 2004 und August 2005. Ganz einmalig aber ist die Argumentation der BVG, wenn nach der abschreckenden Wirkung von Tariferhöhungen gefragt wird: Die Steigerung der Fahrgastzahlen kann „nicht das Oberziel“ eines Verkehrsunternehmens sein, so der BVG-Marketingdirektor Tom Reinhold. Es folgt eine fast lückenlose Beweisführung. Die Fahrgastzahlen seien bei der letzten Preiserhöhung „unterproportional“ gesunken. Die Wirkung von Fahrpreiserhöhungen werde überschätzt. Andere Faktoren, etwa Baustellen, Ticketkontrollen oder die Pflicht zum vorne Einsteigen bei Bussen, würden viel mehr Kunden abschrecken.

Diese phantasievollen Interpretationen von endlosen Statistiken könnten die Beziehung zwischen der BVG und den Berlinern nachhaltig verändern. Es ist eine lang gepflegte, gegenseitige Hassliebe. Geprägt von Inselidentität und Hauptstadtstolz, Subventionsabbau und Großstadtmobilität, Abhängigkeit und Widerstand dagegen. Wer die Hauptstadteinwohner nach der BVG befragt, bekommt eine Tirade von Wut über verkürzte Taktzeiten der Busse, überfüllte Bahnen und überbeuerte Fahrkarten zu hören. Trotzdem wissen die Berliner, dass es in keiner anderen deutschen Stadt einen so gut ausgebauten ÖPNV gibt. Die BVG ihrerseits zeigte ihren Kunden Jahrzehnte lang, dass Freundlichkeit und Servicedenken in diesem Unternehmen nur wenig Platz haben. Daran änderte sich auch nichts, als die befehlshafte Abfertigung der Züge beim „Zurückbleiben!“ durch ein ebenso herrisches „Bittel!“ ergänzt wurde. Das Gleichgewicht von Meckern und Motzen war intakt.

Das könnte sich jetzt ändern. Ab 2008 sinkt der Senatszuschuss an die BVG von 310 auf 250 Millionen Euro. Diese Bedrohung prägt das Denken des Landesunternehmens. Bei der Einführung des vielgerühmten „Metroliniennetzes“ 2004 stand die Attraktivität des Nahverkehrs noch voll im Mittelpunkt. Das ist jetzt vergessen. Die Verkehrsbetriebe ziehen alle Register, um ihre Preiserhöhung durchzusetzen: von den gestiegenen Energiepreisen bis zur hohen Bedeutung von „Finanzkennziffern“ gegenüber Fahrgastzahlen. Und sie drohen: Das Nahverkehrsangebot, wie es sich der Berliner Senat wünscht, sei dann nicht mehr möglich, so BVG-Chef Andreas Sturmowski.

Dennoch konnten sie sich bis jetzt gegen die Politik nicht durchsetzen. Das Konzept soll überarbeitet werden. Dafür wurde auch schon die Marktforschung bemüht. Die Berliner seien „stark preissensibel“. Eine Verteuerung der Preise um acht Prozent würde sieben Prozent der Kunden abschrecken. Auch kein überraschendes Ergebnis. Am Ende werden die Preise wohl steigen, eben nur weniger als von der BVG gewünscht. Und in einigen Jahren wiederholt sich dieses Verhandlungsritual.

Was bleibt? Ein schönes Beispiel, um die Funktion staatlich subventionierter Monopol-Unternehmen zu studieren. Und der Eindruck eines planlosen Verkehrsunternehmens, dem volle Kassen wichtiger sind als volle Bahnen. Eine ziemlich kurzfristige Strategie, frei nach dem Alt-Berliner-Motto: „Schad meene Eltern ja nischt, wenn mir de Hände friern, wat koofen se mir keene Handschuhe.“

☞ Alexandra Kramm ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin.

Die letzte Gerd-Show: Mehr Flop als Pop

von Björn Böhning und Lars Klingbeil



Das politische Berlin stand still. Altkanzler Schröder legte seine Biografie vor. „Die beste PR-Kampagne seit Harry Potter“ (Bela Anda) zog ihre Kreise. Inszenierung überwog dabei eindeutig die Substanz. „Scheidungen“ – so betitelte die Zeitschrift „Titanic“ das Buch Schröders – wäre vielleicht der treffendere Titel gewesen, denn Schröders politische Laufbahn war ja stets geprägt von Scheidungen in der Politik. So wie die große Mehrheit der Enkel auch, hieß dies, sich von der Partei zu den eigenen Gunsten zu scheiden, sei es ideell (Schröder), personell (Engholm/Scharping) oder politisch (Lafontaine).

» Aus popkultureller Sicht waren die Enkel prägend für die Partei. Alle haben sie etwas Liebenswertes, etwas Verachtenswertes, irgendwie kann man sich an ihnen reiben. Bis ins hohe Rentenalter bekämpfen sie sich selbst. Der bisher letzte Vorhang ist gefallen: Schröders Abrechnung mit den Weggefährten seiner Generation. Übersetzt in der Kritik an Gewerkschaftsbossen seines Alters oder nicht näher genannten Genossen aus dem Saarland, Hessen und Niedersachsen – mithin wohl auch seine Generation.

„Mir geht es in meinem Buch vor allem um die Erklärung von sieben Jahren rot-grüner Politik in Deutschland und ihrer Vorgeschichte.“ So steht es im Vorwort. Und es ist wahrlich eine Aufgabe, denn offenbar gab und gibt es viel zu erklären. Schröders Biografie ist ein Buch, das man von hinten liest: Zuerst das Namensverzeichnis. Anschließend folgten die provokanten Buchkapitel. Wer dann noch gefesselt ist, wird auch den Rest des Buches verschlingen. Erklärungen, warum rot-grüne Regierungspolitik sich wendete und wendete stets auf der Suche nach Heilmitteln für eine Republik im Konjunkturtief, sucht man aber vergeblich. Das Buch ist ganz Kanzleramt – wenig Deutschland. Es blendet gesellschaftliche und öko-

nomische Zusammenhänge fast gänzlich aus. Man mag es kaum glauben, aber vermutlich wurde auch die Agenda 2010 genau so zusammengehämmert. Durch die Blume gibt Schröder also doch eine Erklärung, warum die Agenda-Politik direkt in die Neuwahl führen musste und die SPD eines der schlechtesten Ergebnisse in der Nachkriegszeit einfuhr. Die Agenda-Politik steht dabei nicht nur für eine problematische Politik, sondern auch für einen Stil des politischen Geschäfts, der der SPD in vielen Teilen die Substanz genommen hat.

» Zum Schluss bleibt die Frage, in welchem Zustand eigentlich eine Republik ist, wenn sie sich gut zwei Wochen mit altbekannten Thesen eines Altkanzlers beschäftigt, und es nicht wenige gibt, die auch öffentlich noch darauf eingehen?! Es ist die Faszination des Berliner Ufos von Medien, Politik und Consulting an ihrer selbst, eine Nabelschau ganz besonderer Art. Es ist wahrlich Pop, wenn vor 300 akkreditierten Journalisten Gerhard Schröder sein Buch marktgerecht vorstellt.

Dieser Medientyp Schröder reizt. Er ist die Dialektik in Menschengestalt, die die Faszination des Politikbetriebs sichert und heutige Politik kulturell überlebensfähig macht. Insofern laufen sie alle verschämt zu Dussmann, legen 25 Euro auf den Ladentisch und ziehen mit der Schröder-Biografie von dannen. Politik in Berlin: Mehr Flop als Pop. Für die Nachenkel-Generation sollte dies mehr Herausforderung als Vorbild sein. In diesem Sinne: Danke Gerd, mach's gut! ■

↳ Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender, lebt in Berlin.
↳ Lars Klingbeil, lebt in Münster (Nds.).



Foto: www.photocase.de

Stichwort: Weihnachtsgeld

Bei guten Geschäften mehr,
in der Krise weniger



In den meisten Wirtschaftszweigen sehen die geltenden Tarifverträge ein Weihnachtsgeld vor. Es wird überwiegend als fester Prozentsatz vom Monatseinkommen berechnet. Die Höhe fällt je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich aus. Ein im Vergleich hohes Weihnachtsgeld (normalerweise 95 bis 100 Prozent; zu den ergebnisabhängigen Korridoren siehe unten) erhalten unter anderem die Beschäftigten im Bankgewerbe, in der Süßwarenindustrie und in der westdeutschen Chemieindustrie. 95 Prozent bekommen Beschäftigte in der Druckindustrie. Darunter liegen unter anderem der öffentliche Dienst (Gemeinden West) mit rund 82 Prozent, die Bereiche Versicherungen (80 Prozent), Einzelhandel (West) (62,5 Prozent) sowie Metallindustrie (West) (55 Prozent).

In vielen Bereichen haben die Beschäftigten in den neuen Ländern mittlerweile gleichgezogen. Weniger als ihre KollegInnen im Westen erhalten die Ost-Beschäftigten z.B. in den Bereichen Chemie (65 Prozent), öffentlicher Dienst (Gemeinden, rd. 62 Prozent) und Metallindustrie (50 Prozent). Kein Weihnachtsgeld erhalten unter anderem die Beschäftigten im ostdeutschen Bauhauptgewerbe.

Die tarifliche Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) hängt mittlerweile in vielen Branchen von der wirtschaftlichen Lage ab: Geht es dem Unternehmen gut, kann der tarifliche Mindestanspruch aufgestockt werden, gehen die Geschäfte schlechter, kann die Sonderzahlung abgesenkt werden. Das zeigt eine Auswertung von Tarifverträgen aus 23 Branchen durch das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung:

- So kann in der westdeutschen chemischen Industrie die tarifliche Sonderzahlung von 95 (Ost: 65) Prozent eines Monatsentgelts je nach wirtschaftlicher Lage zwischen 80 und 125 (Ost: 50/95) Prozent schwanken.
- Im Bankgewerbe liegt dieser Korridor zwischen 90 und 120 Prozent. Wenn nichts anderes vereinbart wird, erhalten die Beschäftigten 100 Prozent eines Monatsentgeltes.
- In der Süßwarenindustrie kann das tarifliche Weihnachtsgeld von normalerweise 100 Prozent zwischen 80 und 120 Prozent variieren.

- In der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie Westfalen-Lippe kann die Sonderzahlung von 57,5 Prozent um 20 Prozentpunkte herauf- oder herabgesetzt werden.

In vielen Branchen gibt es zudem tarifliche Öffnungs- und Härtefallklauseln, wonach die Jahressonderzahlung gekürzt oder gestrichen werden kann, so unter anderem in der Metallindustrie, Druckindustrie, Textilindustrie und im Einzelhandel.

» Zumeist müssen die Betriebe im Gegenzug auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten. Diese auf Betreiben der Arbeitgeber eingeführte Variabilisierung des tariflichen Weihnachtsgeldes setzt entweder freiwillige Betriebsvereinbarungen oder aber die Zustimmung der Gewerkschaften voraus. „Damit soll verhindert werden, dass die Betriebe die Beschäftigten ohne Not unter Druck setzen“ so der WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. „Während tarifliche Mindestansprüche auf Weihnachtsgeld also im Regelfall gesichert sind, können freiwillige betriebliche Sonderzahlungen sehr viel leichter rückgängig gemacht werden.“

□ Tarifvertraglich festgeschriebenes Weihnachtsgeld darf nicht gekürzt werden

» Das in Tarifverträgen festgeschriebene Weihnachtsgeld darf nicht vom Arbeitgeber gekürzt werden. Zahlt der Arbeitgeber einem tarifgebundenen Beschäftigten weniger als tarifvertraglich festgeschrieben, so verstößt er gegen den Tarifvertrag. Beschäftigte sollten hier über den Betriebsrat/Personalrat oder die Gewerkschaft den Sachverhalt klären. Erfolgt keine Zahlung, kann vor dem Arbeitsgericht geklagt werden. Auch ein gekündigter Tarifvertrag zum Weihnachtsgeld entbindet nicht von der Zahlung.

» Komplizierter ist die Lage, wenn der Arbeitgeber ein höheres Weihnachtsgeld zahlt als der Tarifvertrag vorschreibt. Der übertarifliche Teil ist vor Eingriffen weniger geschützt. Streichung oder Kürzung ist möglich, wenn der übertarifliche Teil mit dem Vorbehalt des Widerrufs oder als freiwillige Leistung gezahlt wurde. Wurde das Weihnachtsgeld ohne Vorbehalt über mehrere Jahre gezahlt, besteht eine betriebliche Übung und eine Streichung oder Kürzung ist dann grundsätzlich nicht zulässig (LAG Rheinland-Pfalz, AZ: 1 Sa 1116/03).

- Eine Kündigung des Weihnachtsgeldes per Aushang am Schwarzen Brett braucht nicht hingenommen zu werden (Bundesarbeitsgericht AZ: 10 AZR 69/96).
- Weihnachtsgeld steht auch Teilzeitbeschäftigten zu (anteilig im Verhältnis der Arbeitszeit zur Vollzeitbeschäftigung).
- Ist das übertarifliche Weihnachtsgeld Bestandteil einer Betriebsvereinbarung, kann es nur gestrichen oder gekürzt werden, wenn der Arbeitgeber die Betriebsvereinbarung fristgerecht kündigt und diese nicht nachwirkt.
- Bleibt die Frage: Kann das übertarifliche Weihnachtsgeld auch mit der nächsten Lohnerhöhung verrechnet werden? Dieses ist nicht möglich, wenn es als eigener Lohnbestandteil und ohne Vorbehalt im Arbeitsvertrag zugesichert wurde.

» Insgesamt ist festzuhalten: Man sollte beim Weihnachtsgeld seinen Arbeitsvertrag, Tarifvertrag und die geltenden Betriebsvereinbarungen genau prüfen. Der Betriebsrat, der Personalrat oder die Gewerkschaft können Auskunft geben. Gegebenenfalls sollten Ansprüche über das Arbeitsgericht eingeklagt werden. ■

Quelle: WSI-Tarifarchiv, www.boeckler.de. Hier finden sich auch weitere Informationen zum Thema.

Personalentwicklung in der SPD?

Eine notwendige, aber nicht
ausreichende Perspektive

von Tobias Gombert



Erstens ist der Begriff der „Personalentwicklung“ (PE) ein aus der Wirtschaft stammender Ausdruck, der in der Organisationsform von Unternehmen verankert ist und mit demokratischen Prozessen nichts zu tun hat. Die geförderten MitarbeiterInnen werden in der Regel genau so viel beteiligt, wie es den Unternehmenszielen dient, die selbst häufig unabhängig gesetzt werden. In der SPD als einer demokratischen Partei und Organisation passt diese Organisationsform also nicht, was nicht heißt, dass nicht auch in der SPD die Möglichkeit für Parteimitglieder bestehen müsste, sich zu entwickeln. Aber die Beteiligungsformen und die Rückbindung in der Organisation sind notwendig anders. Ein verkürzter Personalentwicklungsbegriff schadet eher. Hans-Joachim Olczyk hat berechtigtermaßen darauf hingewiesen (spw 151, 2006), dass auch in wirtschaftlichen Prozessen eine strategische Personalentwicklung prinzipiell mit den Veränderungsprozessen in der Organisation zusammenhängt. Dies wird allerdings durch die Verengung auf einen Personalentwicklungsbegriff vermieden.

These 1: Politische Personalentwicklung und demokratische Beteiligung und Organisationsentwicklung müssen in der Partei zugleich bedacht und bearbeitet werden.



Zweitens geht das Modell der Personalentwicklung an dem Kernpunkt der Bildungsarbeit vorbei, wenn sie allein den politischen Nachwuchs so schulen will, dass er politische Funktionen übernehmen kann. Vielmehr gilt es, sich von der Verengung durch drei Fragen für die Bildungsarbeit, aber auch in der Bildungsarbeit zu befreien:

- Welche politischen Ziele wollen wir mit der Bildungsarbeit, aber vor allem durch und in der SPD entwickeln und durchsetzen?
- Wie wollen wir uns und andere Parteimitglieder beteiligen?
- Welche Bildungsangebote machen wir, um die politischen Ziele und die demokratische Beteiligung zu ermöglichen?

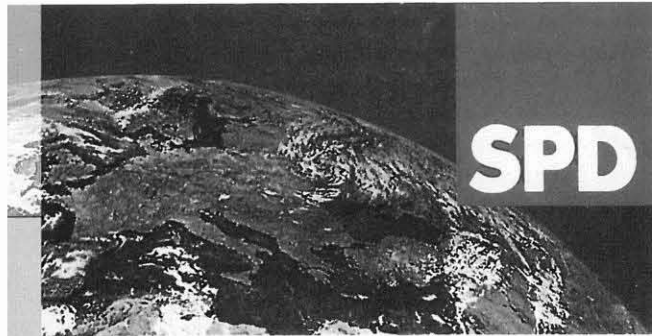


Foto: Archiv

» ,Die SPD ist traditionell die Partei, die Bildungsarbeit aus ihrer Geschichte in der Arbeiterbewegung heraus begreift und darauf besonderen Wert auf Beteiligung legt.' So hat sich die Sozialdemokratie lange verstanden und die Tradition gepflegt. Aber stimmt dieser Satz heute wirklich noch? Wenn nun in der SPD die Diskussion um Bildungsarbeit wieder neu geführt wird, so ist das ein richtiges und wichtiges Signal. Dabei bildet der Begriff „Personalentwicklung“ einen schillernden neuen Kulminationspunkt, der offenbar nun den Begriff der Bildungsarbeit ergänzen oder sogar ersetzen soll. Ich bezweifle allerdings, dass der Begriff „Personalentwicklung“ für die Bildungsarbeit der Partei als Begriff und der dahinter stehende Ansatz für die Partei sinnvoll ist. Für meine Skepsis gibt es zwei Gründe und ich möchte einen Aufruf zur Zusammenarbeit anschließen:

These 2: Bildungsarbeit in der SPD muss politische Zielfindung und Beteiligung von Parteimitgliedern durch Angebote unterstützen.

» Mit der Programmdebatte haben wir für die Bildungsarbeit ein politisches Feld, in dem wir politische Zielfindung, Personalentwicklung und demokratische Organisationsentwicklung verbinden können. Ein solcher Kristallisationspunkt ist für die Bildungsarbeit gut, ist aber auch eine Herausforderung für die Programmdiskussion. Wenn ich in den letzten Monaten in Unterbezirke, Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen in der SPD oder bei den Jusos war, konnte ich feststellen, dass der Wunsch groß war, die politischen Ziele der SPD in neuen Zeiten des gegenwärtigen Kapitalismus zu diskutieren und sich einen „inhaltlichen Orientierungsrahmen“ für die eigene politische Arbeit zu erarbeiten. Auch wenn es sich dabei nur um kleine Ausschnitte handelt, ist ein solcher „Orientierungsrahmen“ notwendig, gerade weil die traditionellen Antworten auf die Herausforderungen des Kapitalismus nicht mehr ausreichen, um unsere Grundwerte umzusetzen. Dies setzt auch an den direkten Erfahrungen der Partei vor Ort an.

Dabei geht es als Ziel nicht allein darum, dass die Programmdebatte durch viele und vor allem inhaltliche Anträge getragen wird, sondern dass wir wieder anhand gemeinsamer politischer Ziele die politische Arbeit diskutieren und planen.



Foto: Jusos in der SPD

Mit Hans-Joachim Olczyk und Klaus Tovar wurde die Diskussionsreihe zur SPD-Personal- und Organisationsentwicklung (Wessel u.a. in spw 148) in der SPD in der spw fortgesetzt. In dieser Ausgabe antwortet **Tobias Gombert**, Mitglied im Juso-Bundesvorstand, mit Blick auf die ehrenamtlich Aktiven. Er arbeitet in einem Beratungsunternehmen und lebt in Münster.

» Diese Orientierung an politischer Zielfindung hängt noch mit einer weiteren Erfahrung zusammen: In der Regel ist der Bildungsbedarf gerade dann besonders groß, wenn man in die Partei eintritt oder neue Funktionen übernimmt. In die SPD einzutreten beinhaltet eine „politische Motivation“, etwas ändern, etwas bewegen zu wollen. Gerade diese Impulse zu verstärken, ist eine Aufgabe, die in der Bildungsarbeit berücksichtigt werden sollte. Wenn neue Genossen und Genossinnen zu uns kommen, dann beruht das in der Regel auf einer Zustimmung zu unseren gemeinsamen Grundwerten und dem Wunsch, in der Praxis für sie zu arbeiten. Dazu hat die Bildungsarbeit eine besondere Verantwortung.

Bei Jusos versuchen wir daher, die eigene Positionsentwicklung der Unterbezirke durch die Bildungsarbeit mit konkreten Teilnahmeangeboten zu unterstützen, sei es in Form von Zukunftswerkstätten, Planungsworkshops oder Seminaren zur Programmdiskussion. Die Ergebnisse sollen dann auch in die Entwicklung der Position der Jusos auf Bundesebene einfließen, um politische Zielfindung, demokratische Organisationsentwicklung und Personalentwicklung miteinander zu verbinden. Ob dieses Konzept aufgehen wird, werden wir dann sehen müssen.

□ Fazit

Der Begriff der „Personalentwicklung“ ist schillernd und hilft nur unter zusätzlichen Voraussetzungen der demokratischen Organisationsentwicklung und vor allem der politischen Zielfindung für die Partei weiter. Das macht die Bildungsarbeit und Bildungsplanung für die Partei nicht einfacher, aber auch spannender. Zu wünschen wäre, dass eine solche erweiterte Diskussion solidarisch geführt wird und damit nach 1988 erstmalig auch auf dem nächsten Parteitag eine Positionierung zur Bildungsarbeit in der Partei erarbeitet wird. Die Bildungsarbeit sollten wir dann dahin holen, wo sie hingehört: Integriert und in die Mitte der Partei. ■



Foto: Christian Kiel

Ein neuer Grundriss für die Schule der Zukunft

Bildungspolitische Neuausrichtung der NRW SPD

von Oliver Kaczmarek

» Bis zum Herbst 2007 will die NRW SPD ihren bildungspolitischen Kurs neu bestimmen. Dieser Debatte kommt auch im Hinblick auf die inhaltliche Profilierung vor der Landtagswahl 2010 eine besondere Bedeutung zu. Denn seit den Ergebnissen der ersten PISA-Studie war klar, dass Nordrhein-Westfalen bei den Schülerleistungen hinter den internationalen Vergleichsländern zurücklag und eine auffällig hohe Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufwies. Trotz dieser eindeutigen Erkenntnisse, hat sich die NRW SPD das nicht getraut, was sich die Genossinnen und Genossen in Schleswig-Holstein und jüngst in Berlin ohne weiteres getraut haben: als Regierungspartei vor der Landtagswahl die eindeutige Zielperspektive Gemeinschaftsschulen nach skandinavischem Vorbild anstelle des bestehenden dreigliedrigen Schulsystems vorzugeben.

» Zweifellos darf man die Debatte nicht allein auf diesen Aspekt verkürzen. Im Kern geht es vor allem um die Frage, wie Lernen in heterogenen Lerngruppen organisiert und wie individuelle Lernpfade gestaltet werden können. Die Schulstruktur bildet dafür wiederum einen notwendigen Rahmen (vgl. dazu auch: Gerd Möller, Wer kümmert sich um die Stärkung der Schwächsten?, in spw 144). Es geht um eine Schule, die für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt einerseits und eben auch für herausragende Leistungen sowohl in der Breite als auch in der Spitze andererseits steht. Diese Begriffe dürfen in der bildungspolitischen Diskussion nicht getrennt werden. Jedoch sollten am Ende die konkreten Veränderungen in einer neuen, gemeinsamen Schule ganz konkret herausgebildet werden. Im Mittelpunkt steht also der Innenausbau der Gemeinschaftsschule:

□ Im Mittelpunkt: Schülerinnen und Schüler!

In Deutschland wird Unterricht zu häufig noch über Lernziele und Inhalte definiert. Passen Lernziel und Kind nicht zueinander, muss das Kind an das System angepasst werden. Die PISA-Sieger aus Finnland beschreiben hingegen das Ziel von Schule so: „Es darf kein Kind beschämt werden.“ Etwas anders drücken es die Vertreter der erfolgreichsten deutschsprachigen PISA-Region aus Südtirol aus: „Jedes Kind, das an unsere Schule kommt, ist hier richtig aufgehoben.“ So gibt es keine falschen Schülerinnen und Schüler, die aussortiert werden müssten, sondern allenfalls Schulen, die nicht kundengerecht arbeiten.

□ Jede/r erhält ein individuelles Förderprogramm!

Schülerinnen und Schüler lernen am besten von und miteinander, die Starken von den nicht so Starken und umgekehrt. Heterogen zusammengesetzte Lerngruppen eröffnen individuelle Lernwege. Homogenisierung von Lerngruppen durch Sitzenbleiben ist dagegen nicht nur Geldverschwendung (jährlich bundesweit ca. 850 Mio.) sondern auch pädagogischer Irrsinn. Eine durchgreifende Verbesserung des Lernerfolgs durch Klassenwiederholung ist nicht feststellbar.

□ Die Trennung von Sekundarstufe I und II

Deutlich zurückgehende Schülerzahlen werden für einige Gymnasien und Gesamtschulen die Aufrechterhaltung einer eigenen Oberstufe nur noch auf Kosten eines auswahlfähigen Kursangebotes ermöglichen. Eine stärkere Verknüpfung der Oberstufen würde daher (auch aus Sicht der Kommunen) ökonomisch Sinn machen und ein differenzierteres Angebot ermöglichen. Die Diskussion um eine neue Schule würde zudem deutlich entzerrt, wenn man den Kampf um exklusive Zugänge zum Abitur nicht schon an der Tür zur fünften Klasse austrägt.

□ Kein Schutzzaun um das Gymnasium

Wer die Auseinandersetzung mit der artikulationsfähigen Lobby der Gymnasien scheut, setzt häufig auf Modelle einer zweiseitigen Schulstruktur aus Gymnasien und Sekundarschulen, die alle übrigen Schulformen der Sekundarstufe I zusammenfasst. Am Ende läuft das auf die Unversehrtheit des Gymnasiums mit einer homogenen Lerngruppe hinaus. Folgt man den Apologeten der Homogenität von Lerngruppen, so müssten gerade im Gymnasium nach dem Ausleseprozess in den ersten Schuljahren die Spitzenkräfte auch Spitzenleistungen bringen. PISA hat jedoch gezeigt, dass diese Schülergruppe im internationalen Vergleich ebenfalls unter den Leistungen vergleichbarer Schülerinnen und Schüler aus integrierten Schulsystemen, bleiben. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler werden im bestehenden System also auch nicht ausreichend gefördert. Auch um deren Zukunftschancen geht es.

□ Eine Schule für alle, die die Übergänge abflacht!

Der Übergang von der Grund- in die weiterführende Schule erzeugt unproduktive Brüche. Zu unsicher sind zu diesem Zeitpunkt die Prognosen über den langfristigen Schulerfolg und zu stark

fließen außerschulische Kriterien darin ein. In der Gemeinschaftsschule sollte dieser Übergang hin-fällig werden. Die Notwendigkeit eines abgeflachten Übergangs ergibt sich im Übrigen auch für den Übergang in die berufliche Ausbildung nach der 10. Klasse. Hier liegt eine weitere zentrale Herausforderung für die Gemeinschaftsschule: die frühzeitige Einbindung von Inhalten der beruflichen Bildung und der Berufsorientierung.

□ Schule in der Stadt und im Stadtteil – aber nicht nur!

» Aktuell diskutierte Modelle verbinden den Einstieg in die Gemeinschaftsschule mit rückläufigen Schülerzahlen. So kommt ein Gutachten des Dortmunder Schulforschers Ernst Rösner zu der Erkenntnis, dass fast überall in NRW Standorte von Schulen aller Schulformen der Sekundarstufe I aufgrund zu geringer Schülerzahlen gefährdet seien. Diese Entwicklung kann den Einstieg dazu liefern, dass Schulen unterschiedlicher Schulformen in der Sekundarstufe I zunächst organisatorisch zusammengeführt werden und allmählich zu einer neuen, integrierten Schulform zusammenwachsen. Zwar sollte der Zusammenschluss für die Verhältnisse vor Ort Möglichkeiten der Abstufung und Gestaltung bieten, aber im Ergebnis mit einer klaren Zielrichtung versehen werden und unter Einschluss aller Schulformen in Richtung Gemeinschaftsschule geschehen.

Die Neupositionierung der NRW SPD in der Bildungspolitik wird sicher zu Widersprüchen führen. Doch im Interesse der Zukunftschancen junger Menschen müssen diese ausgehalten werden. Die NRW SPD muss jetzt klare Konzepte und Angebote für eine Gemeinschaftsschule vorlegen. Den Schritt zurück gibt es nicht mehr. Taktisch verwässerte Kompromissformeln, haben der SPD die Wählerinnen und Wähler jedenfalls schon bei der Landtagwahl 2005 nicht gedankt. ■

☞ Oliver Kaczmarek, lebt in Kamen und ist Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Unna und Mitglied des Landesvorstands der NRW SPD.

Rot-Rot ein Auslaufmodell?

Große Koalition regiert auch in Mecklenburg-Vorpommern



von Rudolf Borchert



↳ Rudolf Borchert: im Gespräch mit Bürgermeistern. Foto: privat

Die Landtagswahl vom 17. September brachte eine schwere Niederlage für die SPD, auch wenn sie zum dritten Mal hintereinander stärkste politische Kraft wurde. Aber mit nur noch 30,2 % der Stimmen verlor sie 10,4 Prozentpunkte gegenüber 2002. Die CDU büßte 2,6 Prozentpunkte ein und kam auf 28,8 %. Die Linkspartei. PDS legte leicht auf 16,8 % zu. Die FDP zog nach zwölf Jahren mit sieben Mandaten ins Landesparlament ein und erreichte 9,6 %. Die NPD erhielt 7,3 % und gewann 6,5 Prozentpunkte. Der Wahlerfolg der NPD mit sechs Mandaten ist eine Katastrophe für unser Land, aber nach der wochenlangen Materialschlacht der Rechten keine Überraschung.

Die absolute Mehrheit im neuen Landtag liegt bei 36 Mandaten. Hätten SPD (23 Mandate) und Linkspartei.PDS (13) ihre Koalition fortgesetzt, kämen sie auf genau diese Zahl. Die nun vollzogene Koalition mit der CDU (22) hingegen kommt auf 45 Sitze.

□ Warum hat die SPD die Wahlen verloren?

Die Landesregierung von SPD und Linkspartei. PDS hat in der letzten Legislaturperiode viele notwendige Reformen mit hohem Tempo durchgesetzt z.B. Hochschulreform, Schulreform, Kindertagesstättenförderungsgesetz und Verwaltungsreform (u.a. Kreisgebietsreform). Gleichzeitig wurde der Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent und erfolgreich durchgesetzt. 2009

wird erstmals ein Landeshaushalt ohne Neuverschuldung möglich sein. Damit verbunden waren aber eine Reihe unpopulärer Entscheidungen.

Die größte Herausforderung – die wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – konnte aber trotz größter Anstrengungen und der neuen Ansätze in der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht gemeistert werden. Diese Tatsache hat möglicherweise auch die Fortsetzung von Rot-Rot verhindert.

Die SPD leidet grundsätzlich an einem Glaubwürdigkeitsproblem: Ungerechte Steuerpolitik, Mehrwertsteuererhöhung, Hartz IV, Rente mit 67 und vor allem die hohe Arbeitslosigkeit haben bei einem Großteil der SPD-Stammwähler zur Wahlenthaltung oder zur Wahl einer anderen Partei geführt. Nur noch 27 % der Arbeiter und nur noch 24 % der Arbeitslosen wählten in Mecklenburg-Vorpommern die SPD.

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat immer noch eine schwache Mitgliederbasis. 3000 Mitglieder in einem dünn besiedelten Flächenland sind eine schlechte Voraussetzung, um mit eigenen Leuten einen erfolgreichen Mobilisierungskampf zu führen. Die Niederlage bei den Kommunalwahlen 2004 mit 19,1 % hat Langzeitwirkung, weil es zu wenig SPD-Mandatsträger gibt.

Nicht vergessen werden darf, dass der Ausgangswert von 40,6 % für die SPD im Jahr 2002 vor allem auf eine besonders günstige bundespolitische Situation zurückzuführen war. Die Wahlbeteiligung

am 17.09.2006 lag mit 59,2 % um 11,4 Prozentpunkte niedriger als 2002. Das schlechte Image der Großen Koalition in Berlin schadete beiden Landesparteien von CDU und SPD.

□ Große Koalition im Schweriner Landtag

Am 29. September stimmten die Mitglieder des SPD-Landesverbandes, die SPD-Kreisvorsitzenden und die Mitglieder der neuen Landtagsfraktion mit 2/3-Mehrheit für Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Der Landesparteitag am 04. November hat erwartungsgemäß den Koalitionsvertrag abgesegnet und Mecklenburg-Vorpommern wird bis 2011 von einer Großen Koalition regiert.

Bereits unmittelbar nach der Wahl hatten mehrere Abgeordnete sowohl der Linkspartei. PDS als auch der SPD bereits ihre Ablehnung einer Fortsetzung von Rot-Rot zum Teil öffentlich signalisierten. Angesichts solcher fragilen Verhältnisse wird verständlich, wenn eine Mehrheit der SPD Landtagsfraktion und Harald Ringstorff selbst, das Risiko der Ein-Stimmen-Mehrheit nicht eingehen wollten. Nicht nur Harald Ringstorff, sondern fast alle Redner am 29. September 2006 betonten, „wenn die Mehrheit mit der Linkspartei nur etwas größer gewesen wäre, hätten wir Rot-Rot fortgesetzt“. Es kann sein, dass dies nicht in jedem Fall ehrlich war, aber es gab kaum jemand der versuchte, die Koalition mit der CDU inhaltlich zu begründen. Es wurde lediglich mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass die CDU der SPD überraschend weit entgegen gekommen sei.

Die Fortsetzung von Rot-Rot ist also nicht an der fehlenden inhaltlichen Übereinstimmung und auch nicht am fehlenden persönlichen Verhältnis der meisten Führungspersönlichkeiten beider Parteien gescheitert, sondern an einer instabilen Einstimmigenmehrheit, die in erster Linie durch die großen Verluste der SPD verursacht wurde.

□ Rot-Rot ein Auslaufmodell?

Die acht Jahre Rot-Rot waren für Mecklenburg-Vorpommern gute Jahre. Die Regierungskoalition zwischen Linkspartei. PDS und SPD hatte aber auch eine große bundespolitische Bedeutung, denn sie schlug in der Bundesrepublik eine Bresche in die traditionelle Ausgrenzungs- und Konfrontationspolitik in Richtung PDS. Es bleibt der historische Verdienst von Harald Ringstorff, der mit dem Anspruch „Versöhnen statt Spalten“ 1998 einen neuen Weg im Umgang mit der PDS und ehemaligen SED-Mitgliedern in der deutschen Politik beschritten hat.

Zweitens wurde der praktische Nachweis erbracht, das Rot-Rot auf Landesebene möglich ist, wenn beiderseits Berechenbarkeit und Vertrauen bei den Führungspersonen vorhanden ist. Dies ist umso wichtiger, weil seit dem Scheitern von Rot-Grün in Bund und Ländern, die SPD grundsätzlich neue Machtperspektiven braucht. Wenn es mit den Grünen nur noch ausnahmsweise reicht, wenn es mit der FDP nicht geht und die Große Koalition zur Qual wird, dann kommt die PDS als ernsthafte Alternative in Betracht. In Ostdeutschland sowieso, aber auch im Westen und perspektivisch auch im Bund. Wobei sicherlich auch Rot-Rot-Grün durchaus Chancen haben, wenn es gilt neoliberalen Regierungskonstellationen eine ernsthafte Alternative entgegen zu setzen.

In Mecklenburg-Vorpommern wird sich allerdings diese Frage erst wieder 2011 stellen. Bis dahin besteht die Gefahr, dass SPD und CDU, wie in anderen Großen Koalitionen auch, überwiegend Macht verwalten und nur wenig Politik gestalten. Spätestens 2011 gibt es gute Chancen für eine Neuauflage von Rot-Rot. Die SPD-Linke in Mecklenburg-Vorpommern wird, so wie 1994, die Herausforderung annehmen und ihren Beitrag für das Erreichen dieses Ziels leisten. ■

☞ Rudolf Borchert, MdL (SPD), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Mitglied SPD-Landesvorstand, lebt in Waren (Müritz). Mehr Infos unter: www.rudolf-borchert.de.

Turnaround?

Strategien für eine neue Politik
der Arbeit | von Kai Burmeister



Der im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienene Sammelband „Turnaround“ ist das Resultat eines mehrjährigen Dialogs zwischen Wissenschaftlern und gewerkschaftlichen Praktikern, die sich im Forum „Neue Politik der Arbeit“ zusammengefunden haben.

Besonders lesenswerte ist die Kontroverse über „Kontinuität oder Epochenbruch im Fordismus“. Die Aufsätze spiegeln nahezu alle Facetten der Diskussion um 'Arbeit im Wandel' aus gewerkschaftlicher und linker Perspektive wider. Abgerundet wird das Buch durch die „Spandauer Thesen“, in denen der Versuch unternommen wird, Elemente einer neuen Politik der Arbeit vorzulegen. Demnach muss eine neue Politik der Arbeit zunächst die Veränderungen der Produktionsweise analysieren.

Welche Konsequenzen allerdings aus der festgestellten finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation für künftige Regulierungsansätze zu ziehen sind, bleibt zu sehr im Dunkeln. Die Autoren gehen von einem noch nicht abgeschlossenen Epochenbruch der ökonomischen Basis und von zwei miteinander in Konkurrenz stehenden Politikkonzepten aus. Keineswegs sei dabei der Weg in eine reine Marktgesellschaft vorgezeichnet. Schließlich sei angesichts der sich vollziehenden Umbruchphase und der damit einhergehenden Verunsicherung eben nicht von einer allzu stabilen Hegemonie des neoliberalen Politikmodells auszugehen. In Konkurrenz zum neoliberalen Modell steht ein solidarischer Ansatz. Als eine solche emanzipatorische Alternative heben die Autoren der Spandauer Thesen das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung und einen neuen

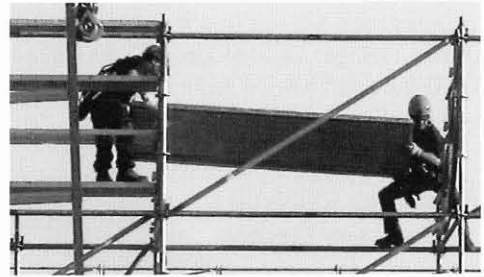


Foto: Christian Kiel

Gesellschaftsvertrages der sozialen Fairness hervor. Sie leiten hieraus auch Konsequenzen für die Organisationspolitik ab. Demnach müsse eine horizontale Netzwerkpolitik die traditionelle Verbandspolitik der Gewerkschaften ergänzen, um so die Bedingungen für die Organisation gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu verändern. Neben vorhandenen Spielräumen im Nationalstaat wird in den Thesen die Notwendigkeit betont, eine Re-Regulierung vor allem im europäischen Rahmen anzugehen. Die Thesen übersehen dabei nicht, dass bei der Diskussion um Erwerbsarbeit es immer auch um die reproduktive Dimension gehen muss. Entsprechend ist auch das Geschlechterverhältnis in den Spandauer Thesen berücksichtigt. Keine Illusionen bestehen dahingehend, dass ohne eine Verschiebung der gesellschaftlichen Hegemonie eine Veränderung zum Besseren nicht möglich ist. Gerade deshalb muss es in der offensiven Auseinandersetzung mit den Freiheitsversprechen des Neoliberalismus darum gehen, eine erneute Aneignung des Freiheitsbegriffs im umfassenden Sinne zur strategischen Aufgabe einer neuen Politik der Arbeit zu machen.

Um wirklich den Turnaround zu schaffen, fehlt dem Buch durch die Vielzahl der Aufsätze leider insgesamt die Übersichtlichkeit. Nichtsdestotrotz ist der Trägerkreis des Forums ein wichtiger Bündnispartner im Streit für eine fortschrittliche Politik. Der Diskussionsprozess um die Spandauer Thesen muss weiter beachten werden. ■

☞ Kai Burmeister, Mitglied im spw-Arbeitsausschuss, lebt in Offenbach.
Weitere Informationen zum Thema finden sich auf www.forum-neue-politik-der-arbeit.de

Sackgasse Antikapitalismus | von Toralf Pusch



Das Ende des Kapitalismus wurde in der Linken schon verschiedentlich prophezeit. Viel Glanz entfaltete die „Expropriation der Expropriateure“ bei Marx. In heutige Sprache übersetzt, heißt das so viel wie die „Enteignung der Ausbeuter“. Etwas vorsichtiger spricht Elmar Altvater in seinem neuen Buch vom Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Der Zusammenbruch des Kapitalismus hängt für ihn mit den unweigerlich schrumpfenden fossilen Brennstoffvorräten zusammen.

□ Kapitalismus, Fossilismus und deren Ende

Am Anfang steht für Altvater die Frage, wie sich der Kapitalismus im Gegensatz zu den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen entwickeln konnte. Die marxistische Antwort liegt in der Maßlosigkeit der kapitalistischen Verwertungsbeziehung. Nach dieser Logik ist ökonomisches Wachstum zwingend. Doch wird damit noch nicht der Kern der Sache erfasst. Erst die neuzeitliche europäische Rationalität der Naturbeherrschung zusammen mit der Verfügbarkeit fossiler Energieträger führte zur Entfaltung der kapitalistischen Expansion.

Mit den fossil beheizten Kraft- und Bewegungsmaschinen lief der Kapitalismus zur vollen Form auf. „Die Vertiefung der Arbeitsteilung wäre ohne neue Maschinerie, Energiewandlungssysteme und daher ohne fossile Energieträger flach ausgefallen.“ Außerdem: Expansion in den Raum wird durch fossile Energien unterstützt, denn sie lassen sich überall hin transportieren. So konnten die Produktion und Reproduktion räumlich zentralisiert werden und es entstanden urbane Agglomerationsräume, wie wir sie heute kennen.

□ Rückfall hinter die grüne Wachstumskritik

Der Preis des fossilen Produktionssystems ist bekannt. Die Emissionen des ökonomischen Prozesses wirken in die Natur hinein und beeinträchtigen sie zusehends. Allein wegen der Endlichkeit fossiler Ressourcen wird sich das fossile System nicht aufrechterhalten lassen. Altvater geht aber noch einen Schritt weiter: Mit dem Anbruch des solaren Zeitalters würde dem Kapitalismus endgültig die Grundlage entzogen. Altvaters These vom nahenden Ende des Kapitalismus ist gewagt. Einziger Anhaltspunkt bei ihm ist die Umstellung auf ein dezentralisiertes Energienetz im Zuge einer solaren Wirtschaftsweise. Wie dies aber beim derzeitigen Stand der Produktions- und Kommunikationsmöglichkeiten im Widerspruch zur kapitalistischen Akkumulation geraten soll, bleibt unklar. Auch Altvaters vom immer größeren Energiehunger kapitalistischer Produktions- und Konsumtionsmuster ist fragwürdig. Die Debatte um politisch angestoßene Effizienzsteigerungen wird weggewischt; die positiven Ergebnisse der grünen Wachstumskritik werden ausgeblendet. Denn auch wenn ihre Ausgestaltung stark verbesserungswürdig ist – was ist mit Ökosteuer und Emissionshandel? Heute wäre auch innerhalb der Sozialdemokratie zu überlegen, wie diese Instrumente verbessert werden können und welche neuen politischen Konzepte vielleicht hinzutreten könnten.

□ Fehlende Alternativen für eine sozialdemokratische Linke

Nach seiner enttäuschten Abwendung von den Grünen ist Altvater in den letzten Jahren unter anderem im wissenschaftlichen Beirat von Attac tätig gewesen. Abstinenz von den parlamentarischen Institutionen und Abstand von

der Parteipolitik ist Gründungskonsens dieser Bewegung. Die Wirkungsweise kann vielleicht am ehesten als eine Art ökonomisch-sozialer Kulturkampf aufgefasst werden. Vertreter wie Altvater scheinen sich gar nicht mehr die Frage zu stellen, ob und wenn ja wie denn der Hebel des gesellschaftlichen Drucks auf der Ebene der Parlamente und Parteien anzusetzen ist.

» Dabei lassen sich aus einer antikapitalistischen Perspektive, wie sie Altvater einnimmt, viele berechnete Kritikpunkte an der kapitalistischen Wirtschaftsweise herausarbeiten. Das Benennen von glaubwürdigen und praktikablen Alternativen ist da schon eine andere Sache. Altvater sieht diese in einer „Solidarischen Ökonomie“, die nicht nach der Logik des Tauschs arbeitet. Nur sind gerade die von ihm genannten Beispiele (Tauschringe, Fair Trade und Genossenschaften) nicht zutreffend. Diese Initiativen setzen sich zum Ziel, fairen Tausch überhaupt erst zu ermöglichen, wo er aufgrund der ökonomischen Verhältnisse nicht stattfinden kann. Es entsteht hier der Eindruck, es ginge um den Aufbau einer Parallelökonomie, anstatt die bestehende Ökonomie sozial gerecht zu gestalten. Doch ist die solidarische Ökonomie damit ad acta gelegt? Wichtige Elemente einer solidarischen Ökonomie sind aus meiner Sicht im Sozialstaat zu sehen. Hier findet tatsächlich ein solidarischer Ausgleich statt, der in die Ökonomie eingreift. Ein zweites Feld ist die Bereitstellung von öffentlichen Gütern, z.B. Bildung, Öffentlicher Verkehr, Kultur und Sicherheit. Die Art der Finanzierung dieser Güter durch Steuern und Abgaben kann konkreter Ausdruck von Solidarität sein. Und wie der Sozialstaat ist auch dieses Feld der solidarischen Ökonomie bedroht – erinnert sei nur an die Kirchhoff-Initiative für eine Einheitssteuer. Solidarische Ökonomie wird daher wesentlich auf der staatlichen Ebene geregelt und nicht in den von Altvater angesprochenen „Basisinitiativen“.

□ Fazit

» Auffallend ist, dass sich bei Altvater kaum Bezüge zu den öffentlichen Angelegenheiten finden. Dies betrifft den Sozialstaat und die Bereitstellung öffentlicher Güter, aber auch die auf staatlicher Ebene tätigen Parteien und Interessenverbände. Dieser Staats skeptizismus steht im starken Gegensatz zu einer sozialdemokratischen Reformperspektive. Stattdessen besteht Altvaters solidarische Ökonomie – übrigens ganz im Sinne des konservativen Subsidiaritätsprinzips – aus Nischenlösungen. Tauschringe etc. bieten allerdings keine ausreichende Perspektive für breitere Bevölkerungsschichten mit ihren sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Die Frage der guten Arbeit in Zeiten von Flexibilisierung und Beschleunigung kann so nicht beantwortet werden. Eine politische Herangehensweise an das Problem der Nachhaltigkeit müsste Bedingungen für die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Prosperität, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Balance erarbeiten. Der Staat hat dabei eine Rolle zu spielen. Die solare Ökonomie könnte Teilaspekt einer solchen Reformpolitik sein. ■

■ spw zum 01.01.2007 mit neuen Preisen

spw erscheint ab 2007 mit acht Heften/Jahr. Der Heftumfang bleibt bei 60 Seiten. Das Einzelheft kostet künftig 5,00 Euro, das Jahresabonnement 39,00 Euro. Bei Erteilung einer Einzugsermächtigung reduziert sich das Jahresabonnement auf 37,00 Euro. Für das Auslandsabonnement berechnen wir 42,00 Euro.

Hypersensibel, aber tödlich dünn!

Was Eltern von magersüchtigen Töchtern lernen können

■ ■ von Jürgen Meier



Zeichnung: Nora v. Sobbe

» „Alle Eltern übersehen phasenweise ihr Kind, nicht absichtlich, aber je mehr man es als Eltern perfekt machen will, desto mehr kann es schon sein, dass man zunehmend nur an sich denkt, und weniger von seinem Gegenüber mitbekommt“ erläutert die Fachärztin Dr. Wally Wünsch-Leiteritz von der Klinik „Lüneburger Heide“ in ihren Seminaren für Eltern magersüchtiger Kinder. „Es ist eine narzisstische Kränkung für ein Kind, wenn die Eltern es als starke und eigenwillige Person einschätzen, obwohl es sich selbst innerlich als ganz anders wahrnimmt. So wächst dann das Gefühl des Kindes nichts Wert zu sein, weil, so denkt das Kind, es doch völlig falsch geraten sein muss, wenn die Eltern ihm alle Freiheiten geben, aber das Kind sich dabei unwohl fühlt und nach klarer Orientierung verlangt.“

Die Eltern magersüchtiger Kinder erkennen zunächst nicht die Selbstentwertung, die sich oft hinter der braven Anpassung an die Wünsche der Erziehenden verbirgt, sondern erleben diese Anpassung zunächst als angenehm oder „pfelegeleicht“. Die Eltern wenden sich jedoch in dem Moment meistens ab, wenn das knochige Gestell ihrer Kinder immer deutlicher die Grenze des toten Skeletts erreicht. Sie sind hilflos in dieser Situation, wo es, bei einem BMI von 13 und weniger, nur noch um das physische Überleben des Kindes zu gehen scheint. Während sich die Eltern selbst zerfleischend zu fragen beginnen: „Was haben wir falsch gemacht?“ neigen viele der Psychotherapeuten zu simplen Ratschlägen. „Sie müssen sich hart abgrenzen“. „Sie dürfen nicht so lieb zu ihrer Tochter sein.“ „Sie haben nichts falsch gemacht, ihre Tochter will sie nur erpressen!“ Viele Landeskrankenhäuser, aber auch Spezialkliniken für Essstörungen, verordnen nach stationärer Einweisung, um diese Abgrenzung schnell formal herbeizuführen, eine Kontaktsperre

zwischen Eltern und Kind von mehreren Wochen. Die Krankenkassen, aber auch die Bundesversicherungsanstalt fordern nicht die Einweisung in ausgewiesene Spezialkliniken – von denen es in Deutschland nur sehr wenige gibt –, sondern scheinen wegzuschauen, wenn die hilflosen Ärzte die Magersüchtigen in die nächst gelegenen Landeskrankenhäuser einweisen, die zwar intensivere Kontrolle zur Verhinderung eines Suizids gewährleisten können, aber keine Therapie zur Bekämpfung der Magersucht.

□ Workshops für Eltern

Es gibt nur wenige Therapeuten und Kliniken, die in der Magersucht einen gescheiterten Wunsch des Kindes sehen, sich als gesellschaftliches Subjekt Frau-Mann zu verstehen. Die TherapeutInnen Wally Wünsch-Leiteritz und Andreas Leiteritz versuchen diesen Weg in einem einwöchigen Workshop zu beschreiten, an dem Eltern und die magersüchtigen Kinder teilnehmen. Sie wollen den Wunsch der Kinder ernst nehmen, um ihn auf einen richtigen Weg zu führen. Auch die Eltern und erziehenden Erwachsenen müssen als eigenständige, mit Schwächen behaftete Erwachsene erkannt werden. Erst dann kann sich das Kind aus der Symbiose zu den Eltern-Erziehenden lösen. Ist so eine Woche beendet, ist von den Eltern häufig zu hören, dass ihnen in dieser intensiven Zeit endlich bewusst geworden sei, was sie von ihrer kranken Tochter alles hätten lernen können. Das sei sehr bitter, antwortet dann Wally Wünsch-Leiteritz, um, sehr zugewandt, den Eltern zu erklären, dass es doch sehr verletzend für das Kind sein müsse, wenn es erfährt, dass es erst krank werden musste, damit sich den Eltern die Defizite ihrer sozialen Kompetenz offenbaren konnten.

Ein Teilnehmer eines solchen Workshops, ein großer und sehr pointiert sprechender Mann, war ein bekannter Internist aus Düsseldorf, seine Frau, eine zierliche Person, unterstützte seit dreißig Jahren mit selbstverständlicher Zurückhaltung, den anstrengenden Berufsalltag ihres Mannes. Im Eltern-Kind-Workshop, der zwölf Elternpaare vereinte, mal mit, mal ohne Kind, um die Problematik besser begreifen zu lernen, die sich hinter der Magersucht ihrer Töchter verbirgt, war immer er es, der als erster auf die enthüllenden Fragen des Therapeutenpaares, mit fein geschliffenen Sätzen antwortete. Er habe stets alles mit seiner Tochter diskutiert. Seine Frau nickte zustimmend, und auch die anderen Eltern, die, mit einer Ausnahme, alle eine akademische Ausbildung absolviert hatten, unterstrichen mit Stolz die liberale Haltung, die sie in der Kindererziehung stets eingenommen hatten. Als ein anderer Vater mit großem Pathos erklärte, alles mit seiner Tochter besprochen zu haben, wirklich alles, unterbrach ihn die Therapeutin Wally Wunsch-Leiteritz mit der Frage, die alle, die sich im großen Kreis sitzend, gegenseitig in die Augen schauen konnten, zum nachdenklichen Schweigen brachte. „Haben sie mit ihrer Tochter etwa auch über die Ereignisse in ihrem Ehebett gesprochen?“ „Natürlich nicht“, antwortete der Gefragte entrüstet, in dessen Stimme etwas eitle Betroffenheit mitschwang. „Das ist gut so,“ stellte die Therapeutin entschlossen fest, und ergänzte ihre Zustimmung mit dem Hinweis, dass es ein grundsätzlicher Fehler von Eltern sei, alles mit den Kindern diskutieren und besprechen zu wollen, es müsse schließlich eine klare Eltern-Kind-Hierarchie herrschen.

Der Begriff Hierarchie löste bei den meisten Eltern des Kreises sogleich einen inneren Widerstand aus, den allerdings am ersten Tag des Workshops sich niemand getraute laut zu äußern. Viele assoziierten mit diesem Begriff Unterdrückung, also genau das Gegenteil von dem, was sie mit ihrer Kindererziehung zu erreichen gedachten. Die Frau des Internisten hatte stets die beste Freundin ihrer Tochter sein wollen, Hierarchie war für sie noch immer ein Terminus autoritätshöriger Menschen.

□ Hierarchie braucht die Eltern-Kind-Beziehung

„Nur durch diese Hierarchie lässt sich ein gesunder Abstand zwischen Eltern und Kindern herstellen. Das Kind braucht eine kindgerechte Welt. Die kann es nur bekommen, wenn es nicht in die Lebensbelastungen der Erwachsenen hineingezogen werde,“ erläutert Wally Wunsch-Leiteritz, die aus Erfahrung von diesen innerlichen Protesten der Eltern ja längst wusste. Aber wie soll sich eine kindgerechte Welt herstellen lassen, wo doch die Kinder täglich durch die Medien mit der ganzen wirklichen Welt konfrontiert werden? Einige Eltern fanden das leichter gesagt, als getan.

Wally Wunsch-Leiteritz spricht deshalb von der Notwendigkeit eines hierarchischen Erziehungsstils, weil sie damit zum Ausdruck bringen möchte, dass es eine Rangordnung in der Beziehung der Menschen gibt. Diese Rangordnung sei keine Erfindung von ihr, sondern existiere objektiv. Kein Säugling würde ohne diese Hierarchie überleben können. Nicht Kadavergehorsam sei gemeint, sondern dass es zum Erlernen von sozialer Kompetenz eine Rangordnung von oben nach unten geben muss. Die Eltern entscheiden über die Orientierung in der Familie, nicht die Kinder. Die Eltern sind die verantwortliche Instanz im Leben der Familie. Die Kinder müssen erst lernen, wie menschlicher Umgang gepflegt wird, damit jeder einzelne in der Familie mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten wachsen kann. Konflikte lösen lernt man in einem Klima, das einerseits konfliktbereit ist, in dem man sich aber andererseits dabei gleichzeitig liebevoll getragen und geborgen fühlt. Wenn die Eltern diesen Weg ins Leben nicht zeigen wollen oder können, dann lernen ihn die Kinder auch nur sehr mühsam zu beschreiten.

□ Magersüchtige sind intensive Signalmenschen

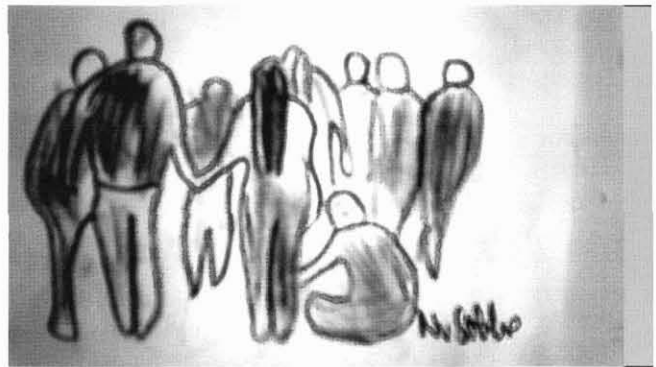
Das von zwei Töchtern in einer Familie nicht beide an einer Magersucht erkranken müssen, obgleich sich der Erziehungsstil der Eltern ja nicht wesentlich ändert, hänge mit einer Besonderheit der erkrankten Tochter zusammen. Die Therapeutinnen beschreiben diese Besonderheit mit einem Bild aus der Medienwelt: „Wo Menschen normalerweise eine kleine Antenne auf ihren Köpfen tragen würden, um sich in die Beziehung zu anderen Menschen einfühlen zu können, werden Menschen, die an einer Essstörung leiden, von einem dicken Sendemasten mit vielen Antennen auf ihren Köpfen fast erdrückt. Diese Menschen registrieren sehr viele Signale aus ihrer Umwelt. Wer viele Signale empfängt, der will diese auch deuten und bewerten. Und so entsteht ein Problem. Da jungen Menschen mit diesen hypersensiblen Fähigkeiten häufig die geistige Orientierung fehlt, die zur Auswertung der empfangenen Signale ja unbedingt erforderlich sind, beziehen sie viele dieser empfangenen Signale auf sich.“

Wenn die Eltern-Kind-Hierarchie in der Familie nicht funktioniert, die Eltern gar ihre Konflikte vor diesem Kind austragen, fühle sich ein dermaßen begabtes Kind verantwortlich für die Eltern, ja, es empfinde sich häufig sogar als Verursacher der Eltern-Konflikte. Wenn dieses Kind dann noch mit Sätzen konfrontiert würde, wie „ich tue alles für dich“ oder „wir haben alles versucht, dass es dir besser geht“, dann empfangen es diese Sätze als Signale eigener Geringschätzung. Es denke dann, „ich bin falsch, da ich alles, was für mich getan wird nicht annehme.“

Eine große Erleichterung der Eltern war ganz deutlich nach dieser erklärenden Darstellung des Hierarchiebegriffs zu spüren, denn plötzlich begriffen fast alle, dass die Therapeutin keine Schuldigen in den Eltern suchte, sondern diese lediglich ermuntern wollte, die eigenen Paarkonflikte und Lebensängste als erwachsene Menschen selbstständig lösen zu lernen, ohne die Kinder damit zu konfrontieren.

Die Eltern des Workshops diskutierten und kochten in dieser Woche nicht nur gemeinsam, sondern konnten sich in einer kleinen Kunstaussstellung, die sowohl Zeichnungen, wie kleine Tonplastiken ihrer Kinder zeigte, die diese während ihres stationären Aufenthaltes gestaltet hatten, davon überzeugen, zu welcher großartigen Entäußerungen ihre Kinder befähigt sind, weil sie über eine sehr sensible „Antenne“ in ihrem Kopf verfügen. Dieses „Signalsystem“ (Georg Lukács) ist die Voraussetzung nicht nur für eine präzise Menschenkenntnis, sondern auch für die künstlerischen Entäußerungen der menschlichen Hand, die ja ohne „große Antenne“ nie als ganz eigene Quelle menschlicher Erkenntnis hätte entstehen können. Menschenkenntnis brauchen wir, um uns selbstbewusst mit anderen in Beziehung setzen zu können.

Zeichnung: Nora von Sobbe



Doch selbstbewusst werden junge Menschen nur, wenn sie von den Erwachsenen diese soziale Kompetenz erlernen können. Solange in der primitiven menschlichen Gesellschaft das Gattungsmäßige, also der Stamm oder, wie in Griechenland, die Polis, das Individuelle beherrschte, tauchte das Problem der Menschenkenntnis nicht auf. Damals musste die Echtheit im Charakter des Mitmenschen nicht, wie wir es heute ständig tun und tun müssen, überprüft werden.

□ Das dürre „Schönheitsideal“ zerstört das Schöne

» Doch ohne reife Orientierung, die nur durch qualitative, also inhaltlich ethische Prämissen wachsen kann, wollen die Magersüchtigen ihr besonders intensiv ausgestattetes Signalsystem, im wahrsten Sinne des Wortes, verhungern lassen. Dieses Signalsystem hat es ja in einer auf Quantität und auf pragmatisch festgelegte Fakten, wie Umsatz, Image oder Zensuren, festgelegten Gesellschaft ohnehin schwer sich zu behaupten. Deshalb nimmt die Angst der Menschen ganz allgemein zu. Sicher beginnt jede Magersucht mit einer Diät, aber nicht jede Diät führt zur Magersucht. Das dürre „Schönheitsideal“, vorgeführt von berühmten Modells, deren Anerkennung junge Frauen selbst gerne hätten, ist sicher ein Einstieg in die weibliche Magersucht oder Bulimie, aber nicht ihr wesentliches Motiv.

Auch Kafka, der literarische Meister, der das menschliche Verharren in panikartiger Angst in prägnante Worte zu kleiden verstand, war übrigens magersüchtig. Er kapitulierte vor der blinden Angst, mit der moderne Menschen sich von der wirklichen Welt zu schützen versuchen. Vielleicht basiert Kafkas einzigartige Position in der Weltliteratur auf der Beschreibung dieses ohnmächtigen Lebensgefühls. „Je originaler ein Mensch ist, desto tiefer ist die Angst in ihm“, hat Kafka einmal gesagt, und klagte die heutige Welt des Kapitalismus als Hölle an, deren Macht allein in den Händen unterirdischer Mächte konzentriert sei, unter deren Regie ein Mensch den anderen Menschen nur noch als Konkurrenten, als Mittel zum Zweck, aber nicht mehr uneingeschränkt als Freund zu erleben vermöge. Die magersüchtigen Frauen protestieren, ganz im Sinne Kafkas, gegen eine Macht, der sie nur durch Ohnmacht in ein monströses Nichts zu entfliehen hoffen. Diese Frauen wollen mit diesem Nichts oder in dieses Nichts, das es natürlich im



Foto: privat

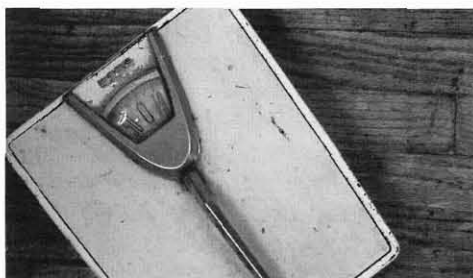


Foto: www.photocase.de

wirklichen Leben nicht geben kann, vor dieser Hölle fliehen, denn sie wollen nicht sterben, sie wollen leben, aber sie wollen nicht in dieser Hölle leben. Sie wollen anders leben, als in dieser Welt oft oberflächlich gelebt wird, aber wie sie leben wollen, das wissen sie nicht.

» Sie suchen Vorbilder, aber sie finden nur selten geeignete, weil auch die Erziehenden sich ihnen als solche entziehen. Also hoffen sie auf das „Nichts“. Sie wollen im „Nichts“ aufgehen, um sich nicht der wirklichen Welt mit allen leidvollen, aber auch lustvollen Erfahrungen, stellen zu müssen. Den „postmodernen“ Erwachsenen ist die Ethik verloren gegangen. An diesem Manko leiden sicher nicht die so genannt robusten Kinder, die über ein „dickes Fell“ verfügen, aber die Kinder, die mehr wollen als sachliche Beziehungen, die ein menschlich sinnvolles Leben anstreben möchten, die werden an diesem Manko verhungern. ■

☞ Jürgen Meier, Autor, zuletzt erschien z.B. „Eiszeit in Deutschland“ im Verlag „Westfälisches Dampfboot“, er lebt in Hildesheim.

Dokumentation

Position zur aktuellem Diskussion um eine Unternehmenssteuerreform

von Andreas Bach und Marc Bülow



1. Die Unternehmenssteuern sind real viel niedriger als behauptet wird

Vor allem von den verschiedenen Unternehmensverbänden wird derzeit eine weitere Unternehmenssteuerreform gefordert. Der Bundesfinanzminister nimmt diese Forderung in seinen aktuellen Vorstellungen auf. Dabei ist die letzte gerade erst 5 Jahre alt. Im Jahr 2001 wurde eine deutliche Steuersatzsenkung umgesetzt. Durch die Unternehmensteuerreform im Jahr 2001 wurde der maximale nominale Grenzsteuersatz auf Unternehmensgewinne (inkl. Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) für Kapitalgesellschaften von 51,8 % auf 38,6 % gesenkt. Für Personenunternehmen kam die Entlastung von 2001 bis 2005 schrittweise mit der Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer im Rahmen der Steuerreform 2000. Hier wurde der maximale nominale Grenzsteuersatz (inkl. Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) von 54,5 % auf 45,7 % gesenkt (Achim Truger, IMK in der Hans-Böckler-Stiftung, März 2005). Diese Steuersätze beziehen sich jedoch auf den nominalen Satz. Der reale Steuersatz der Unternehmen ist bedeutend niedriger.

» Der tatsächliche Steuersatz auf das Einkommen von Kapitalgesellschaften lag 2004 nur bei 15 % (Jarras, Mai 2006). Wie ist dies möglich? Insbesondere die international tätigen Kapitalgesellschaften (eine globale Tätigkeit ist damit nicht unbedingt gemeint) sind in der Lage auf legale Weise Kosten in den deutschen Unternehmen zu erzeugen, die den Steuersatz senken. Dazu gehören Zinszahlungen an im Ausland befindende Gesellschaften oder Lizenzge-

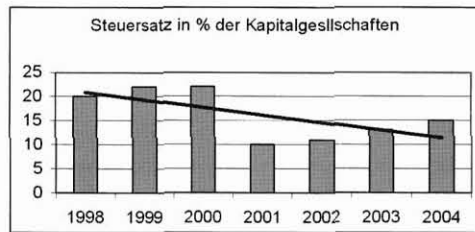


Abb 1: Steuersätze

bühren (Ikea Effekt). Aber der Steuersatz auf sonstige Unternehmens- und Vermögensaufkommen betrug 2004 real nur 22 %. Denn auch Unternehmen, die nicht international tätig sind, können die Gestaltungsspielräume des deutschen Unternehmenssteuerrechts (Bildung von stillen Reserven, Abschreibungsmöglichkeiten) legal voll nutzen. Natürlich kursieren auch andere Zahlen. Die von den Unternehmensverbänden und den Medien übernommenem Steuersatz von 39 % hat mit der Realität jedenfalls wenig zu tun. Leider haben sich auch einige SPD-Spitzenpolitiker diesen Wert zu Eigen gemacht. Im Vergleich zu den Unternehmenssteuern im Ländervergleich nimmt Deutschland inzwischen eine Stellung im unteren Mittelfeld ein.





Abb 2: Gewinne und Steuern

Weiterhin müssen wir feststellen, dass die Unternehmensteuerreform 2001 bezogen auf mehr Arbeitsplätze ein vollständiger Fehlschlag war. 2001 fiel die deutsche Wirtschaft in eine dreijährige Stagnation und wuchs auch im Jahr 2004 nur äußerst unbefriedigend. Die Investitionsquote ist gesunken und die Arbeitslosigkeit über die 5 Mio. Marke gestiegen (Allerdings mit Einbeziehung der Alg II Bezieher – früher Sozialhilfe und häufig nicht arbeitslos gemeldet).



Abb 3: Reale Steuersätze

Für den Fiskus ist die Maßnahme mit hohen Einnahmeausfällen verbunden. So sank die bezahlte Steuer auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 2000 auf 2001 von 118 Mrd. Euro auf 96 Mrd. Euro in 2001, 89 Mrd. Euro in 2002, 86 Mrd. Euro in 2003. Mit diesen Ausfällen

hätte man viele Milliarden Euro für notwendige Investitionen zur Verfügung gehabt. Zudem wären einige bittere Kürzungen nicht notwendig gewesen. Erst 2004 geht es bei ständig steigend Gewinnen wieder hoch auf 96 Mrd. Euro. Nicht nur die Senkung der Steuersätze, sondern auch die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne ab 2001 hat einen wesentlichen Einfluss auf diese Entwicklung gehabt.

2. Falsche Steuersenkungen wird mehr schaden als nutzen

Die sinkenden Einnahmen aus Unternehmertätigkeit haben weit reichende Folgen. Das fehlende Geld wirkt sich direkt auf die öffentlichen Haushalte aus. Hier sind immer weniger notwendige Investitionen in öffentliche Infrastruktur (Straßen, Schulen, Bauten) möglich. Aber auch Einsparungen in den Verwaltungshaushalten führen zum Beispiel zu massiven Einschnitten im sozialen Bereich, die nicht zu Letzt einen Beschäftigungsabbau in diesem Bereich zur Folge haben. Da die geringen Steuereinnahmen nicht unmittelbar kompensiert werden können und weil mit falschen Zahlen gearbeitet wurde, steigt das Staatdefizit weiter an und mehr Geld wird für den Schuldendienst notwendig.

Die geringeren Investitionen und Sparmaßnahmen haben jedoch auch einen negativen Einfluss auf die Unternehmen. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die keine Möglichkeit haben im Ausland aktiv zu werden wie Handwerk, Dienstleistung und kleine Industrie leiden unter den geringen öffentlichen Investitionen. Die privaten Haushalte tun ihr übriges dazu. Die Einkommenssteuersenkungen von 2002/2004 haben wesentliche Effekte nur bei den Großeinkommen gehabt. So sparen die Einkommensmillionäre durch die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % (früher 53 % bzw. 56 %) durch aus auf eine Mio. zu versteuerndes Einkommen 100.000 Euro Steuern je Jahr. Die kleinen Einkommen sparen oft nur 1.000 Euro p.a. die für höhere Sozialleistungen verwendet wurden. Dieses Miss-

verhältnis wird auch die deutlich abgespeckte Reichensteuer kaum korrigieren. Die alte Steuerreform hat im Ergebnis die Probleme in unserem Land vergrößert. Diese Gefahr droht uns bei dem neuen Reformvorschlag erneut.



Abb 4: Steuersatz in % der Kapitalgesellschaft

Viele anerkannte Steuerexperten und Wissenschaftler halten die Wachstums- und beschäftigungspolitischen Hoffnungen, die in eine erneute Senkung der Unternehmenssteuern gesetzt werden, für unbegründet. Die zu erwartenden Aufkommensverluste würden hingegen die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte verschärfen und bergen gleichzeitig das Risiko negativer Wachstums- und Beschäftigungseffekte, wenn sie zu weiteren Ausgabenkürzungen führen.

3. Wir brauchen eine faire Unternehmenssteuerreform ohne Risiko für den angeschlagenen Bundeshaushalt. Es gibt Handlungsbedarf bei den Unternehmenssteuern: Aber nicht so!!!

Angesichts der deutlichen (und in weiten Teilen durch die Steuersenkungen der jüngsten Vergangenheit bedingten) Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte besteht darin ein ernsthaftes Problem für die Zukunft. Wir benötigen ausreichend Geld, um die notwendige Infrastruktur in unserem Land in Schuss zu halten.



Abb 5: Gemeinden haben zu wenig Geld für Investitionen

Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, kann eine langfristig angelegte und gut vorbereitete Unternehmensteuerreform zur Schließung von Steuerschlupflöchern sinnvoll sein, bei der dann möglicherweise auch ein Spielraum für die weitere Senkung der nominalen Steuersätze besteht. Eine Aufkommensneutralität kann nur dann gewährleistet werden, wenn erst die Schlupflöcher gestopft werden und dann die zusätzlichen Einnahmen in Steuersenkungen gesteckt werden.

» In keinem Fall jedoch darf die Körperschaftssteuer weitergesenkt werden. Der Vorschlag die bisherigen Systeme der Körperschaftssteuer und der getrennten Gewerbesteuer komplett abzulösen birgt ungeheure Gefahren. Vor allem die finanzielle Ausstattung der Gemeinden kann überproportionale leiden, da die Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer breiter als bei der Körperschaftssteuer ist. Ebenfalls sollte man den Plan alle Kapitaleinkommen einem proportionalen Satz zu unterwerfen (z.B. 20 %), der deutlich unterhalb des Spitzensteuersatzes der (Lohn-)Einkommensteuer liegt, ablehnen. Die bisherige duale Einkommensteuer würde jedoch ohne Not endgültig den Grundsatz der synthetischen Einkommensteuer aufgeben und weitere Steuereinnahmen gingen wohl für immer verloren.

» Eine Unternehmensteuerreform sollte jedoch die bestehenden Schlupflöcher möglichst weitgehend schließen. Weiterhin sind die Veräußerungsgewinne wieder in vollem Umfang zu besteuern. Wir wollen die internationalen Fonds (Heuschrecken) nicht weiter unterstützen und dabei Arbeitsplätze gefährden. Die gegenwärtige Gewerbesteuer wirkt aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von der Konjunktur makroökonomisch destabilisierend. In der Konjunkturkrise werden die Gemeinden so de facto zu Investitionskürzungen gezwungen. Ziel einer Reform müsste eine deutlich ergiebigeren, weniger schwankungsanfälligen Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer sein. Nicht zuletzt müssen mehr Betriebsprüfungen stattfinden. Hier sind die Finanzämter inzwischen mit EDV so gut ausgestattet, dass erheblich mehr Prüfungen möglich sind, wenn das Personal stabil geblieben wäre.

4. Reformvorschlag steht zu sonstiger Sparpolitik im krassen Missverhältnis

In so gut wie allen Haushaltsbereichen wurde gekürzt und eingespart. Vor allem den nicht so gut situierten Bürgerinnen und Bürgern wurde in den letzten Jahren vieles zugemutet. Hinzu kommt die deftige Mehrwertsteuererhöhung im Januar 2007. Die Empörung über die Erhöhung war und ist groß. Die Kritik wird um ein vielfaches steigen, wenn jetzt im Gegenzug die Unternehmenssteuer gesenkt wird. Kürzungen, Streichungen und Steuererhöhungen werden wir nur akzeptiert werden, wenn dies für alle Bevölkerungsgruppen je nach ihrer Leistungsfähigkeit gilt. Hier ist aber das Gegenteil zu befürchten. Die Folge wären vermutlich keine neuen Arbeitsplätze, sondern weniger Geld für notwendige Investitionen und erneute Belastungen für die Bevölkerung.

☞ Dr. Andreas Bach, Mitglied im SPD-UB-Vorstand Dortmund, lebt und arbeitet als Unternehmensberater in Dortmund.

☞ Marco Bülow, MdB (SPD), Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, lebt in Dortmund.

Das Papier wurde im September 2006 erstellt.

Es ist eine Unternehmenssteuerreform möglich, die ausgewogener ist und sich fairer in das sonstige Regierungshandeln einfügt. Unternehmen zu entlasten und zu stärken ist eine gute Sache – zumindest dann, wenn dies der Allgemeinheit zu Gute kommt. Der jetzige Vorschlag des Finanzministeriums tut dies nicht und wird von uns in dieser Form abgelehnt. Es herrscht zu der Reform keine Zeitnot. Deshalb schlagen wir vor, sich Zeit für eine gut durchplante Reform zu nehmen. Dabei müssen die Gefahren abgewogen, und die Mindereinnahmen ausgeschlossen werden. ■



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabopreis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

www.Sozialismus.de

Bestellen:

Redaktion Sozialismus,

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/280 505 66, info@sozialismus.de

Personen & Positionen

□ Reichtum in Deutschland

Die Konferenz „Reichtum in Deutschland“ der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion hat am 23.10.2006 erste Anhaltspunkte zur Behebung von Defiziten der Reichtumsberichterstattung geliefert. Die Ungleichheit habe seit 1995 erheblich zugenommen. Prof. Dieter Eißel wies darauf hin, dass die Steuerpolitik der letzten Jahre die Reichen noch reicher gemacht und Deutschlands Erben werden überdurchschnittlich geschont habe. Die gesellschaftliche Durchlässigkeit von unten nach oben habe stark abgenommen – mit der Konsequenz einer reduzierten Wahrnehmung der Wirklichkeit durch die Eliten und der Gefahr zunehmender Korruption, pflichtete Prof. Michael Hartmann bei. Aufgeräumt wurde auch mit gerne reproduzierten falschen Argumentationsmustern. Weder steige die Investitionen mit den Unternehmensgewinnen und Steuererleichterungen, noch zwingt „der internationalen Markt“ die deutschen Unternehmen zur Erhöhung der Vorstandsgehälter, so Prof. Michael Hartmann. Im Zentrum der Diskussion über künftige politische Handlungsfelder stand vor allem die Steuerpolitik und dabei die anstehenden Reformen der Unternehmens- und Erbschaftssteuer.

► **Dokumentation der Tagung:** Berliner Büro von Hilde Mattheis, MdB

□ Wechsel in der Geschäftsführung des Forum DL21

Der bisherige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, Dr. Joachim Schuster, ist in Bremen zum Staatsrat für Soziales und Jugend ernannt worden und legt sein Amt als politischer Geschäftsführer des Forum DL21 nieder. Bis zu den turnusmäßigen Neuwahlen im Frühjahr 2007 übernimmt diese Tätigkeit das bisherige DL21-Bundesvorstandsmitglied Reinhold Rünker aus Leichlingen, Nordrhein-Westfalen.

□ Dem Fortschritt eine Richtung geben

Die Parlamentarische Linke der SPD-Bundestagsfraktion hat eine Sammlung von Beiträgen zur Programmdebatte der SPD herausgegeben. „Eine programmlose Partei der Beliebigkeit und eine grundsatzlose Politik der Wendigkeit können nie Sache der SPD sein. Das Selbstverständnis der SPD (...) verlangt geradezu danach, sich der Reflexion von Wirklichkeit, der Entwicklung von Zielen und Programmen (...) zu stellen“, erklärt PL-Sprecher und Mitherausgeber der spw, Ernst-Dieter Rossmann, in der Einleitung.

► **Download:** www.parlamentarische-linke.de als PDF.

□ „Unterschicht? Prekariat? Klasse?“ – Neuerscheinung im spw-Verlag

Die soziale Realität in Deutschland scheint im Herbst 2006 in der politischen Debatte angekommen. Oder war alles doch nur ein Medienhype? Eine weitere Sau, die durch das politische Dorf getrieben wurde, ohne wirklich Spuren zu hinterlassen? Die HerausgeberInnen dieser Neuerscheinung, Björn Böhning, Andreas Nahles und Klaus Dörre, wollen ein Zeichen setzen, dass sie die Entwicklung in dieser Gesellschaft ernst nehmen. Sie nehmen die zunehmende soziale Spaltung als Herausforderung, eine moderne Politik gegen soziale Ausgrenzung und für die Teilhabe am vorhandenen Reichtum programmatisch zu formulieren.

► **Info:** Das Buch umfasst ca. 120 Seiten und ist für 9,90 Euro zzgl. Versandkosten beim spw-Verlag erhältlich.

5 Fragen an ... Susi Möbbeck



⇨ Susi Möbbeck: 2006. Foto: privat.

» Susi Möbbeck, Jahrgang 1964, Politikwissenschaftlerin: 1988 wurde sie mit 23 Jahren als zweite Frau nach Heidemarie Wieczorek-Zeul zur Juso-Bundesvorsitzenden gewählt. 1990 konnte sie das Amt gegen Ralf Ludwig verteidigen. Auf dem Vereinigungskongress der ostdeutschen Jungen Sozialdemokraten mit den westdeutschen Jusos 1991 trat sie nicht wieder an. Seit 1999 ist Susi Möbbeck Landesgeschäftsführerin der SPD in Sachsen-Anhalt und zurzeit in Elternzeit. Sie lebt mit ihrem Ehemann, ihrer sechsjährigen Tochter und fünf Monate alten Pflgetochter auf einem denkmalgeschützten Bauernhof in der Nähe von Magdeburg.

spw: Welche Debatte hat Dich in Deinem politischen Leben stark geprägt?

» **Susi Möbbeck:** Wenn ich die Zeit als Juso-Bundesvorsitzende so Revue passieren lasse, glaube ich, dass die Debatte um die jugendpolitische Orientierung für mich sehr wichtig war. Die Rückbesinnung auf jugendliche Interessenvertretung hat zwar schon vor dieser Zeit eine Rolle gespielt, aber ich habe dann als Person dafür gestanden. Schon vom Lebensalter meiner Vorgänger war das eine deutliche Veränderung, wo sichtbar geworden ist, dass sich bei Jusos etwas verändert. Jugendpolitische Interessenvertretungsarbeit im engeren Sinne war für mich auch der Ausgangspunkt, mich überhaupt zu engagieren, nämlich in der Juso-Schülerarbeit und Schülervertretungsarbeit. Diese Motivation hat sich dann durch die ganze aktive Juso-Phase gezogen.

spw: Wenn Du Deine Zeit als Juso-Bundesvorsitzende betrachtest, wann waren die Jusos richtig gut?

» **Susi Möbbeck:** Gut war, wie wir uns in der Zeit in die Diskussion in der SPD um das Grundsatzprogramm eingemischt haben. Wir haben uns dort nicht auf das Feld der Jugendpolitik beschränkt, sondern uns auch in die Grundsatzfragen eingemischt. Das war damals zum Beispiel die Frage, mit welchen Steuerungsmöglichkeiten Wirtschaftsdemokratie ermöglicht werden könnte oder die Debatte über die Zukunft der Arbeit und Zeitsouveränität. Vieles davon könnte man für die heutige Grundsatzdebatte auch wieder aufgreifen.

spw: Und was aus dieser Zeit würdest Du heute anders machen?

» **Susi Möbbeck:** Persönlich würde ich heute versuchen, den Vereinigungsprozess Ost/West anders zu organisieren. Im Grunde ist die Vereinigung der Jusos Ost und West machtpolitisch im Fraktionshickhack der Jusos instrumentalisiert worden. Daran hatten sicherlich alle Seiten ihren Anteil. Da hätte man versuchen müssen, gegen zu steuern.

Wir wollen in „5 Fragen an ...“ einige interessante Persönlichkeiten aus dem spw-Umfeld vorstellen. Vorschläge oder Kommentare hierzu nehmen wir unter 5fragen@spw.de gerne entgegen.



↳ Susi Möbbeck: während des Juso-Bundeskongresses in München 1990. Foto: privat.

spw: Hast Du ein politisches Vorbild?

” **Susi Möbbeck:** In meiner Zeit als Juso-Vorsitzende habe ich Hans-Jochen Vogel sehr schätzen gelernt, insbesondere aufgrund seines organisationspolitischen Herangehens und seines Denkens für das Ganze. Gerade, wenn man sich anguckt, was an Parteivorsitzenden so danach gekommen ist, wie sehr sich danach das Karussell der Eitelkeiten gedreht hat. In der heutigen europäischen Sozialdemokratie beeindruckt mich am meisten die Politik der spanischen Regierung unter José Luis Zapatero, weil sie den Mut hat, brennende Themen wie die Einwanderung anzupacken und grundlegende Lösungen zu suchen.

spw: Welche politische Debatte ist Dir heute besonders wichtig?

” **Susi Möbbeck:** Im Moment stellt sich die Frage sozialdemokratischer Identität aus meiner Sicht sehr umfassend. Ich hoffe, in der Programmdebatte wird nicht zu kurz gesprungen. Die Diskussion über die Entwicklung neuer sozialer Gruppen und über die Folgen der gesellschaftlichen Spaltungsprozesse muss ehrlich geführt werden. Dabei geht es auch darum, welche Wirkungen die reale sozialdemokratische Regie-

rungspolitik hatte. Vor allem aber muss darüber gesprochen werden, wie das soziale Auseinanderdriften gestoppt werden kann und neuer Zusammenhalt entstehen kann. Nur wenn die abgehängten Gruppen wieder in die Erwerbsgesellschaft integriert werden, können sie auch politisch wieder erreicht und zur Übernahme von Eigenverantwortung bewegt werden. Wenn die SPD die gesellschaftliche Entwicklung dahingehend wirklich beeinflussen will, muss sie mehr Mut aufbringen.

spw: Susi, vielen Dank für das Gespräch ■

■ Jugendpolitische Orientierung

Die Jugendpolitische Orientierung war Ende der achtziger Jahre der strategische Ansatz bei den Jusos, gemeinsame Interessen und Ansprüche von Jugendlichen in den politischen Vordergrund zu rücken. Damit sollten die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den neunziger Jahren in Deutschland beeinflusst werden. Es ging zum einen darum, den Kampf der arbeitenden und lernenden Jugend um Arbeit und Bildung zu stärken. Zum anderen standen die veränderten Lebensansprüche junger Frauen in Bezug auf Beruf, Familie, Sexualität etc. im Mittelpunkt. Erklärtes Ziel war es, die Entwicklung einer interessen- und selbstbewussten demokratischen Jugendbewegung zu unterstützen. Dazu trieben die Jusos die personelle Verjüngung und Feminisierung des eigenen Verbandes voran. Sie ergänzten ihr Verständnis eines sozialistischen Richtungsverbandes bis heute um jugendliche Interessenvertretungspolitik im Sinne eines modernen sozialistischen Jugendverbandes.

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

Druck von Links.

Die Tageszeitung »Neues Deutschland«
3 Monate im Abo für nur 50,00 Euro.
Bestellen Sie jetzt: (030) 29 78-18 00



Gratis dazu:
Alltag und Geschichte des ND auf DVD.

Neues Deutschland, Aboservice, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel: (030) 2978-1800
Fax: (030) 2978-1630 * E-Mail: aboservice@nd-online.de * www.neues-deutschland.de